

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 33 (2014)  
**Heft:** 65

**Buchbesprechung:** Marginalien ; Rezensionen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 27.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# MARGINALIEN/REZENSIONEN

---

Neues Portal für Debattenkultur:

**theoriekritik.ch**

Seit September 2014 ist das Portal *theoriekritik.ch* online. Es ist ein Webforum, das zum Ziel hat, auf Debatten und Publikationen im linken Kontext hinzuweisen und deren politische Relevanz zu vermitteln.

*Ausgangspunkte.* theoriekritik.ch geht von folgender Situationsanalyse aus:

- Was die politische Theoriearbeit im linken Kontext der Schweiz angeht, ist die Situation von zwei divergierenden Einschätzungen geprägt. Die einen sprechen von einer durch die kapitalistischen Verhältnisse strukturell bedingten und in den Individuen psychologisch verankerten Theorieferne bis -feindlichkeit sowie einem daraus resultierenden theoretischen Informationsdefizit. Die anderen postulieren eine Korruption von theoretischen Bemühungen durch die von den Massenmedien geprägten Rezeptionsstandards bzw. eine Anbiederung an ein sogenanntes Zielpublikum.
- Aus diesem Dilemma resultiert oft eine implizite Verabschiedung des Nützlichkeitsanspruchs von Theorie und Kritik. Aber die zweckfreie Vertiefung in die Sache ist leider oft erkaufte mit einem starken Hang zur Partikularität und Nischenbildung, vor allem im Rahmen des universitären, fachspezifischen Expertentums oder in politisch-aktivistischen Krei-

sen. Sichtbare Zeugen dieser Situation sind überspezifizierte Fachzeitschriften im universitären Rahmen sowie kleine und kleinste Zeitschriften im politischen Feld, die sich voneinander abgrenzen und aufeinander kaum Bezug nehmen.

- Zahlreich sind aber auch immer die Versuche, sich weder der strukturell bedingten und individuellen Theoriefeindlichkeit noch einer hermetischen Nischenlogik zu unterwerfen, sondern die Arbeit an Theorie und Kritik offen zu halten für alle. Die herrschenden Standards der Medien und des Marketings werden dabei selbstredend weder einfach reproduziert noch total abgelehnt, sondern sind eine relevante Bezugsgrösse.

*Zielsetzung und Aufgaben.* Das Projekt theoriekritik.ch erachtet die hier im dritten Punkt erwähnten theoretischen Bearbeitungen der Wirklichkeit als zielführend für die Herstellung eines kollektiven kritischen Bewusstseins der Linken. In der Mediengesellschaft besteht die Tendenz, dass vieles unbearbeitet und zusammenhangslos nebeneinander stehen bleibt und kaum kritisch rezipiert wird. Eine produktive Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und Alternativen ist für die politische Linke aber von entscheidender Bedeutung. Um diese Rezeptions- bzw. Vermittlungsprozesse herstellen zu können, hat sich die Portal-Redaktion komplementär zu den bestehenden linken

Medien folgende Aufgaben vorgenommen:

- *Zusammenhänge herstellen, archivieren*: theoriekritik.ch bietet verschiedene Textsorten, die vergleichend verschiedene Debatten und Begriffe in Zusammenhang bringen; rezipiert linke Zeitschriften und schafft ein leicht zugängliches Archiv.
- *Theoriegeschichte, Aktualisierung, Intervention*: theoriekritik.ch macht es sich zur Aufgabe, bereits erreichte Differenzierungen linker Diskurse weiterzuentwickeln und zu aktualisieren. Die Linke sollte aus Prinzip ihre heterogene Theoriegeschichte – mit all den erfolgreichen und gescheiterten Erfahrungen und ihren Folgen – mitbedenken und aufheben. Oder anders gesagt: Eine Linke, die sich ihre Theorie- und Politikgeschichte nicht immer wieder neu aneignet, kann weder schleichende gesellschaftliche Erosionsprozesse noch sprunghafte historische Veränderungen kritisch einschätzen. Ihr Wissen über die Gegenwart ist erkaufte mit Unwissen über ihre Vergangenheit.
- *Universelle Perspektive*: theoriekritik.ch arbeitet gegen die verbreitete Fokussierung auf den Dissens in der Linken, der zu ihrer Zersplitterung führt. Das Portal versteht sich stattdessen als ein Webforum, das in Sprache und Theorie Teil einer allgemeinen Perspektive sozialer Gerechtigkeit und linker Pluralitätskultur ist; das selbstkritisch die eigenen Beschränkungen und Idiosynkrasien auf dieses Ziel hin zu thematisieren und zu überwinden sucht.
- *Interaktivität*: Das Portal verfügt über interaktive Funktionen, ermöglicht dadurch eine schnellere Reaktion sei-

tens der LeserInnen und fördert die lebendige Debatte.

*Mitarbeit und Unterstützung*. Das Portal theoriekritik.ch ist auf breite Mitarbeit angewiesen. Es bietet folgende Möglichkeiten der Mitarbeit und der Unterstützung:

- *Theorie-Galerie*: Mit dieser ehrgeizigen Rubrik wird versucht, eine Art autobiografische Theorievergewisserung anzustossen. Politisch, publizistisch oder wissenschaftlich Engagierte, die vor allem in der Schweiz tätig sind, verknüpfen in einem Kurztext ein Buch, das sie in ihrem philosophischen und politischen Denken und Handeln geprägt hat und nachhaltig beschäftigt, mit Elementen aus der eigenen politischen Biografie.
- *Essay, Kommentar, Rezension*: Vorschläge zu diesen weiteren Rubriken nimmt die Redaktion theoriekritik.ch gerne entgegen.
- *Unterstützung von Tagungen/Kongressen*: theoriekritik.ch begleitet Tagungen oder Kongresse. Es besteht die Möglichkeit, vorbereitend Debatten oder Lektüretexte und nachbereitend Kommentare und Berichte im Portal zu verbreiten.
- *Insertion*: Das Portal theoriekritik.ch bietet Verlagen und Redaktionen die Möglichkeit, für ihre Publikationen zu werben.
- *Spenden*: theoriekritik.ch hat über einmalige Spenden von Einzelpersonen und Gewerkschaften die Startfinanzierung sicherstellen können. Für einen kontinuierlichen Betrieb bleibt das Portal auf eine regelmässige finanzielle Unterstützung sowie Spenden angewiesen (Bankverbindung siehe Website).

- *Projektteam*: Die Redaktion besteht aus Rolf Bossart (Leitung) und David Hunziker; zur Konzeptgruppe gehören Tove Soiland, Pierre Franzen und Stefan Howald.
- *Kontakt*: redaktion@theoriekritik.ch. Alle weiteren Informationen auf [www.theoriekritik.ch](http://www.theoriekritik.ch).

Rolf Bossart

---

Sonja Buckel: **«Welcome to Europe»**. Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das «Staatsprojekt Europa». transcript Verlag, Bielefeld 2013 (369 S.)

Mit der in Buchform mit dem Titel *«Welcome to Europe»* publizierten, überarbeiteten Fassung ihrer Habilitationsschrift zu den *Grenzen des europäischen Migrationsrechts* verschafft uns die Autorin Sonja Buckel eine hochinteressante Lektüre zur Entwicklung der europäischen Rechtsprechung auf dem Gebiet migrationsrechtlicher Fragestellungen. Untersuchungsgegenstand bilden zwei Fallstudien. Die erste zeichnet die Entwicklung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Frage sozialer Rechte im Rahmen des Unionsbürgerrechts und der Personenfreizügigkeit, mithin im Inneren des europäischen Binnenmarkts, nach, während die zweite Fallstudie dem europäischen Grenzregime gewidmet ist und dabei insbesondere die Frage der extraterritorialen Geltung von Menschenrechten behandelt. Nebst eingehenden Urteilsstudien und Dokumentenanalysen führte die Autorin ExpertInnen-Interviews, gewann ihr

Datenmaterial aus teilnehmenden Beobachtungen von Gerichtsverfahren und unternahm überdies im Zeitraum von 2009 bis 2012 Forschungsreisen nach Andalusien, auf die Kanarischen Inseln, nach Madrid, auf das «No Border Camp» auf der griechischen Insel Lesbos sowie nach Brüssel, Strassburg und Berlin. Dieser Praxisnähe verdankt die Autorin nicht nur den spürbaren Impetus der engagierten Intellektuellen, sondern auch eine gewinnbringende lebensweltliche Kontextualisierung des eigentlichen Rechtsdiskurses.

Buckel stellt den juristischen Diskursanalysen der jeweiligen Fallstudie eine Darlegung des politisch-ökonomischen und des engeren politischen Hintergrundes voran. Die anschliessenden juristischen Erörterungen gewinnen damit als Auseinandersetzungen um Deutungshoheit im Spannungsfeld von Interessengegensätzen ihre besondere Brisanz. Originell ist dabei die an Gramsci und Foucault angelehnte *hegemonietheoretische Diskursanalyse*, mit der die Autorin die gegensätzlichen Positionen aufspürt, die in rechtlichen Auseinandersetzungen um Anerkennung ringen. Ausgehend von Gramscis Hegemoniebegriff definiert sie Hegemonie als die «Fähigkeit», aus Interessengegensätzen «eine Weltauffassung zu entwickeln, einen «common sense» der sich in allen gesellschaftlichen Bereichen manifestiert». Kennzeichnend hierfür ist, dass sämtliche Interessen «hinlängliche Berücksichtigung» finden (S.18). Im Hinblick auf ihren Untersuchungsgegenstand unterscheidet sie in der Folge fünf «europäische Hegemonieprojekte», die als begriffliche Konstruktionen unterschiedliche Problemsichten favorisieren. Dem auf grenzüberschreitende Deregu-

lierung ausgerichteten *neoliberalen* Hegemonieprojekt stellt sie das auf sozialen Ausgleich und Umverteilung ausgerichtete *national-soziale* und das *proeuropäisch-soziale* Hegemonieprojekt gegenüber. Mit Blick auf die konträre Haltung zum «Staatsprojekt Europa» markieren daneben aber das europaskeptische bis ablehnende *konservative* Hegemonieprojekt einerseits und das *linksliberal-alternative* Hegemonieprojekt andererseits das grösste Gegensatzpaar.

Wie die gegensätzlichen Sichtweisen in der Rechtsprechung des EuGH zur Geltung sozialer Rechte für Unionsbürger zum Ausdruck kommen, die ausserhalb ihres Mitgliedstaates Rechte einfordern, d. h. die «Genealogie des Rechtsdiskurses zu den sozialen Rechten» (S. 94) zeichnet die Autorin an zwölf Urteilen des EuGH im Zeitraum von 1998 bis 2009 nach. Die zu beurteilenden Ausgangssachverhalte ähneln sich hierbei, wobei sie Fallkonstellationen zur Tragweite des Unionsbürger- und Freizügigkeitsrechts bei Fragen des Anspruchs auf staatliche Leistungen von nicht erwerbstätigen Unionsbürgern, Studierenden einerseits und Stellensuchenden andererseits, betreffen. Im Kontext mit befürchtigtem «Sozialtourismus» bestimmte der EuGH in der von Buckel gezeichneten Rechtsprechungslinie die Unionsbürgerschaft weitgehend kontinuierlich als Manifestation «transnationaler Solidarität», wobei er die Leistungsansprüche primär wohnsitzabhängig bejahte und nicht an die Staatsangehörigkeit koppelte. Wenn gleich die Zuordnung einzelner Argumentationsfiguren in den Entscheiden des EuGH zu bestimmten Hegemonieprojekten nicht immer offenkundig ist, sind die Urteilsinterpretationen der Au-

torin weitgehend plausibel. Mit hiesigen Rechtsverhältnissen vertraute LeserInnen beeindruckten die erheblichen Auslegungsspielräume der EuGH-RichterInnen, die allerdings strukturell bedingt sind, weil das Europäische Vertragsrecht mit unbestimmten Rechtsbegriffen wie «Unionsbürgerschaft» und «Freizügigkeit» nach richterlicher Konturierung im Anwendungsfall ruft. Dass die RichterInnen des EuGH, so in einem Schlussantrag von Generalanwalt Colomer, als «Künstler» angesprochen werden, «die mithilfe der Hände, des Kopfes und des Herzens den Bürgern weitere Horizonte eröffnen, ohne der Realität und den konkreten Sachverhalten den Rücken zu kehren» (S. 147), zeigt indes den Kontrast zum hierzulande verbreiteten Verständnis von Richtern, die die vermeintlich selbstverständlichen Vorgaben des «Souveräns» gefälligst «wortgetreu» (automatisch) umzusetzen hätten. Für die Einschätzung der Rechtsprechung des EuGH, die hierzulande mit Blick auf den (unzureichenden) Arbeitnehmerschutz etwa auch von Gewerkschaftsseite sehr kritisch beurteilt wird, ist indes bemerkenswert, dass sich hinsichtlich transnationaler sozialer Rechte die «juridische Praxis des Gerichtshofs [...] als grundlegend proeuropäisch nachzeichnen [lässt], entsprechend der institutionellen Logik, die auf eine Ausweitung des Europarechts und damit des eigenen Wirkungsbereichs zielt. [...] Indem sich der Gerichtshof auf die Diskurskoalition des proeuropäisch-sozialen und des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts stützte und in begrenztem Masse Zugeständnisse an die nationalen Projekte machte, gelang es ihm zugleich, seine Rechtsprechungskompetenz zu festigen.» (S. 163)

In der nicht minder spannend zu lesenden Fallstudie zum europäischen Grenzregime erörtert Buckel empirisch fundiert das postkoloniale Verhältnis zwischen der EU und Afrika. Mit besonderer Berücksichtigung der Fischereipolitik der EU in Afrika, weist sie die imperiale Lebensweise des globalen Nordens nach (S.179ff.). Im politischen Kontext der Grenzpolitik dominieren menschenrechtlich höchst fragwürdige Strategien des Outsourcings und Offshorings, will heissen der Übertragung der Grenzkontrolle an die afrikanischen Regierungen bzw. Verlagerung der Grenzkontrolle in die Küstengewässer und Grenzgebiete Nord- und Westafrikas oder auf die hohe See. Ausführlich thematisiert die Autorin vor diesem Hintergrund das Ringen um die extraterritoriale Geltung des Rückschiebungsverbots (Refoulement-Verbot) sowie das Verbot der Kollektivausweisung. Von grösster Tragweite erweist sich hierbei das von der Grossen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in der *Rechtsache Hirsi vs. Italy* einstimmig gefällte Urteil vom 23. Februar 2012. Darin hat der EGMR auf der Basis des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts, bezugnehmend auf die Tragödien der Boat-People im Mittelmeer, den Schutz vor rechtsfreien Räumen insofern konkretisiert, als das Verbot der Rückschiebung bei drohender Gefahr auch gegenüber Personen gilt, die auf hoher See aufgegriffen werden, ebenso der Schutz vor Kollektivausweisung, womit das Recht zur effektiven Individualbeschwerde zugestanden wird. Die Strategie einer «menschenrechtlich-rechtsstaatlichen europäischen Grenzkontrolle» ist damit im Begriff, hegemonial

zu werden, wie die Autorin zutreffend folgert. Grenzen sind damit zwar noch nicht aufgelöst, aber menschenrechtlich so durchlässig gemacht worden, dass Push-back-Operationen der (legale) Boden entzogen ist und eine Politik der effektiven Abschottung als gescheitert anzusehen ist. Vor dem beschriebenen Hintergrund wird plausibel, weshalb auch die Aufrüstung von Frontex nicht verhindern konnte, dass bereits im ersten Halbjahr 2014 mehr als 50 000 Menschen in den (europäischen) Mittelmeerraum geflohen sind, mehr als im ganzen letzten Jahr. Die rhetorische Frage von Sonja Buckel am Schluss ihrer eindrücklichen Studie zur menschenrechtlichen Unzulässigkeit einer rigiden Grenzkontrollpolitik wird von den Fakten bekräftigt: «Warum sollten die Bevölkerungen Afrikas auf Dauer bereit sein, eine europäische Grenzkontrolle zu akzeptieren, die europäischem Kapital eine ungehinderte Warenzirkulation und der europäischen Bevölkerung Reisefreiheit garantiert, sie selbst jedoch als illegalisierte MigrantInnen stigmatisiert, sobald sie ebenfalls die Grenze übertreten wollen?»

Marc Spescha

---

Neva Löw: **Wir leben hier, wir bleiben hier.**  
Die Sans Papiers im Kampf um ihre Rechte.  
Westfälisches Dampfboot, Münster 2013  
(159 S.)

Es gibt inzwischen Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Studien über Sans-Papiers. Warum also ausgerechnet ein in einem deutschen Verlag von einer weissen österreichischen Forscherin veröffentlichtes Buch über die französische Sans-Papiers-Bewegung lesen? Dafür gibt es vier Gründe. Erstens ist dies die erste deutschsprachige Analyse ihrer neueren Streikbewegungen. Zweitens schafft es die Autorin, zwanzig Jahre Bewegungsgeschichte auf nur 150 Seiten gut und übersichtlich zu analysieren. Das gelingt ihr drittens, weil sie die richtigen Fragen stellt. Und diese beantwortet sie, indem sie sich sozialistischer Theorien bedient, was Seltenheitswert hat. Aber alles der Reihe nach.

Die heutige Mitarbeiterin des Europa-Büros der Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Neva Löw studierte Politikwissenschaften und kam 2009 im Zuge eines einjährigen Studienaufenthaltes vor Ort in Frankreich mit der Streikbewegung der Sans-Papiers in Kontakt. Zurück in Wien liess sie die Frage nicht los, «welche Widerstandsformen illegalisierte Menschen wann wählen und welche Erfolge sie damit haben» (S. 9). Grund genug, um zwei Jahre später ihre Diplomarbeit dieser Fragestellung zu widmen, um «damit möglicherweise auch Erkenntnisse über [ihre] eigene Praxis und die [ihrer] Genoss\_innen in der Flüchtlingsbewegung zu gewinnen» (S. 10).

Dass Löw dabei bewusst den Fokus auf die kämpfenden, sich organisieren-

den MigrantInnen richtet, bezeichnet sie im Buch selbst als ein unsicheres Unterfangen, da sie deren Lebensrealität nie selbst erfahren hat. Diese Sensibilität führt dazu, dass sie die verschiedenen AkteurInnen fast penibel getrennt analysiert, um sie anschliessend wieder miteinander in Verbindung zu setzen. Nichtsdestotrotz zeigt sich diese Schwäche im vierten Kapitel bei der Abhandlung der Streikbewegungen von 2008 bis 2010, die entgegen ihrem Ansinnen auf die gewerkschaftliche Organisation fokussiert. Dies ist umso mehr schade, da ausgerechnet hierzu wenig Literatur vorhanden ist. Andererseits ist Löw gerade deswegen gezwungen, über diese Zeit selbst empirisch zu forschen. Dass qualitative Untersuchungen dabei wenig allgemeingültige Aussagekraft entwickeln können, ist ja bekannt. Dass die Autorin dabei nur zwei von fünf Interviews mit damals mitkämpfenden Sans-Papiers führte, mag zusätzlich zu dieser Verschiebung beigetragen haben.

Um Antworten auf ihre Forschungsfrage zu erhalten, bedient sich die Autorin der drei Ebenen Strategie und Taktik, Ideologie und Bündnispolitik. Angelehnt an Lenins Werk *Der «Linke Radikalismus», die Kinderkrankheit im Kommunismus* definiert sie «Strategie als allgemeine[n] Grundsatz und [...] Taktik als Einschätzung der konkreten politischen Situation» (S. 24). Dank des Rückgriffs auf den Ideologiebegriff von Louis Althusser verwirft sie die «Trennung zwischen öffentlichen und privaten Institutionen» (S. 25), was es ihr erlaubt aufzuzeigen, wie Kollektive und Organisationen durch die Institutionalisierung von Kontakten mit staatlichen Organen zu Ideologischen Staatsapparaten (ISA) verkamen, die erst mit einer

neuen Ideologie des Widerstandes überwunden werden konnten.

Entscheidend ist aber Löws Rückgriff auf neuere Theorien der politischen Ökonomie. Ausgehend von Negris und Hardts Konzept von Empire und Multitude verlässt sie die klassische, nationalstaatszentrierte Darstellung der Ereignisse, die die meisten Studien über Sans-Papiers prägt. Dass «illegalisierte Migrant\_innen [...] einen wesentlichen Bestandteil des postfordistischen Lohnarbeitsverhältnisses» (S. 54) darstellen, erklärt zum Beispiel, warum der immer wieder eingebrachte Vorwurf der Heuchelei im staatlichen Umgang mit Sans-Papiers zu kurz greift: «Die Strategie» der Prekarisierung und Kriminalisierung eines Teils der ArbeiterInnenenschaft, der sie im zweiten Kapitel mit dem Titel «Europäisches und Französisches Migrationsregime» minutiös nachgeht, «hat zum Ziel, mit Niedriglöhnen sowie Entstandardisierung von Normalarbeitsverhältnissen die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Ökonomie zu stärken» (S. 53).

Im dritten Kapitel geht Löw der Sans-Papiers-Bewegung von Saint Bernard von 1996 nach und schildert zunächst die damaligen Ereignisse detailliert. Nachdem sie Ideologie, Strategie und Taktik sowie Bündnispolitik und deren Verschiebungen im Verlauf der Kämpfe getrennt aufarbeitet, bringt sie diese drei Ebenen im Verhältnis zueinander, um Schlüsse auf die Wirkung dieser Bewegung zu ziehen. Ideologisch an die französische «Bewegung der ohne» der beiden vorangegangenen Jahre anknüpfend, erkämpften sich die Sans-Papiers durch die Bildung eigener Kollektive erstmals das «Recht, für sich selbst zu sprechen». Mit der Durchsetzung der

Bezeichnung Sans-Papiers anstelle von «clandestin» (illegal) inszenierten sie sich zudem als Opfer der Gesetzgebung. Dank Kirchenbesetzungen und Hungerstreiks erlangten sie einen breiten Diskurs über ihr Opferdasein, was «die Empörung einer breiten Zivilgesellschaft auf einer humanitaristischen Grundlage» (104) bewirkte. Dadurch traten jedoch im Rahmen dieser Bündnispolitik unterschiedliche Kräfte mit unterschiedlichen Interessenlagen in den Vordergrund, was bewirkte, dass «[d]ie radikalere Forderung der Sans-Papiers selbst nach einer universellen Legalisierung» zugunsten der Forderung nach einer Legalisierung von «Ausländern mit einer guten Eingliederung in die französische Gesellschaft [...] sowie von ausländischen Eltern von französischen Kindern» (S. 104ff.) trotz Pochen des Kollektivs auf die eigene Autonomie letztendlich unterging. Ein Fazit, das auch für die Schweizer Sans-Papiers-Bewegung von 2001 gemacht werden kann.

Nur zehn Jahre später ergibt sich aufgrund derselben analytischen Mittel ein ganz anderes Bild. Die Bewegung der Sans-Papiers zwischen 2008 und 2010 reagierte auf Gesetzesverschärfungen, «die die Beschäftigungsmöglichkeiten von Sans-Papiers weiter einschränkten und höhere Strafen vorsahen» (S. 111). Damit löste das Bild der Sans-Papiers als Arbeitskraft dasjenige der gut integrierten MitbürgerInnen ab. Der Streik löste folgerichtig als Aktionsform Kirchenbesetzungen und Hungerstreiks ab, und die Gewerkschaften – allen voran die stärkste linke französische CGT – lösten die alten Kollektive ab, die damit ihre 1996 errungene Monopolstellung als RepräsentantInnen der

Sans-Papiers und als einzige Vermittlungsstelle zu den Behörden, als ideologischer Staatsapparat also, verloren: «Der Slogan der Bewegung ‹Legalisierung aller Arbeiter und Arbeiterinnen Sans-Papiers› stand dem Slogan ‹Legalisierung aller Sans-Papiers› diametral gegenüber» (S.137). Das zeigte sich bereits im Frühsommer 2008 mit der Besetzung der Bourse de travail durch die Coordination 75 des collectifs des sans-papiers (CSP 75) und deren von der CGT initiierten Räumung durch die Polizei und konnte bis 2010 nicht überwunden werden.

Das erinnert an die heutige Diskussion in der Schweizer Linken, obwohl hierzulande – wohl aufgrund viel schwächerer und konsensorientierterer Gewerkschaften – keine Streikbewegung der Sans-Papiers stattfand: Während die meisten den Nutzen der Sans-Papiers in den Mittelpunkt stellen und somit an sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kreise appellieren, versuchen die anderen mit humanitären Argumenten den Schulterschluss mit christlichen Organisationen und Hilfswerken. Beide Gruppierungen werfen einander die Spaltung der Sans-Papiers vor, anstatt sich damit zu befassen, dass inzwischen weder ein Bündnis mit den einen noch ein solches mit den anderen mehrheitsfähig ist. Löw plädiert dafür, strategisch stärker auf das bestehende Migrationsregime zu zielen und taktisch an diejenigen Punkte anzuknüpfen, die «sich in dem konkreten Moment in Ausverhandlung befinden» (S.148). Ob damit ein neues Kräfteverhältnis geschaffen werden kann, werden wir hoffentlich bald erleben.

Salvatore Pittà

---

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.): **Migration und Arbeit in Europa**. PapyRossa Verlag, Köln 2014 (229 S.)

Mit der zunehmenden grenzüberschreitenden Mobilität von Kapital, Gütern, Informationen und Personen im europäischen Binnenmarkt wurde die Zuwanderung zu einem Schwerpunkt gesellschaftlicher und politischer Diskussionen. Mit dem Sammelband *Migration und Arbeit in Europa* liegt ein Versuch vor, die aktuelle Diskussion über die Arbeitsmigration im EU-Raum mit wissenschaftlichen, gewerkschaftlichen und migrationsaktivistischen Perspektiven zu bereichern. Migration als «teilautonome Bewegung» und politisches Mittel ist einer der Faktoren, der die europäischen Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Gesellschaftsstrukturen prägt. Ausgehend von diesem Grundgedanken widmet sich der Band der Frage nach der Bedeutung von Migration für den europäischen Arbeitsmarkt und gleichzeitig nach der Bedeutung von Arbeit für Migrationsprozesse. Ein erster Teil des Buches befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen Migrationsbewegungen, Migrationspolitik und Arbeitsmarkt in Deutschland und Europa; der zweite Teil fokussiert auf die gegenwärtigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse von bestimmten Migrationsgruppen in Europa.

Mehrere Beiträge beleuchten die Merkmale der Binnenmigration unter dem Aspekt ungleicher europäischer und nationalstaatlicher Regulierungsbestimmungen. Anders als bei der Fluchtmigration erfolgt die Steuerung der innereuropäischen Mobilität von Arbeitskräften hauptsächlich durch die

nationalstaatliche Struktur des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems. Ihre spezifische Ausgestaltung führt in den jeweiligen Mitgliedsländern zu unterschiedlich starken Zuwanderungsströmen, welche wiederum einen Einfluss auf die inländische Wirtschaftsproduktivität haben. Dietrich Thränhardt veranschaulicht die länderspezifischen Schwankungen der Zuwanderungsströme im Kontext unterschiedlich stark regulierter Arbeitsmärkte. Er kommt zum Schluss, dass ein EU-weiter Ausbau sozialer Sicherungssysteme und Arbeitsmarktregulatoren fehlt und dass die Parallelwirtschaft in Niedriglohnssektoren und prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Zuwandernden sich weiter ausdehnen. Kirsten Hoeschs Beitrag widmet sich zudem der divergierenden Migrationspolitik in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Ihre Strukturanalyse veranschaulicht die unterschiedlich starke Einflussnahme der EU in migrationspolitischen Bereichen. Die europäische Migrationspolitik kennt eine Harmonisierung nur in der Asyl-, Visa- und Grenzpolitik, was die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des europäischen Binnenmarkts beeinträchtigt und die legale Einwanderung für Drittstaatenangehörige erschwert. Um die innereuropäische Mobilität und Einwanderung fair und gerecht gestalten zu können, braucht es eine neue Grundlage für die Freizügigkeit. Gemäss Michael Sommer ist hier der Rekurs auf die Menschenrechte und Arbeitsrechte nützlich. Mit ihnen lässt sich eine sichere Aufenthalts- und Existenzgrundlage für ArbeitsmigrantInnen im gesamten EU-Raum begründen. Allerdings hätte eine solche Argumentation auch Folgen für die aktuelle Pra-

xis der Diskriminierung von Drittstaatenangehörigen.

Für einen ähnlichen Paradigmenwechsel plädiert Hartmut Meines und Uwe Stoffregens Beitrag. In prägnanter Weise zeigen die Autoren auf, inwiefern die ambivalente Migrationspolitik der EU und der Nationalstaaten die Migration in gewollte und ungewollte Einwanderung unterteilt. Dies bewirkt eine Hierarchisierung von Zuwanderungsgruppen, wodurch hilfsbedürftige MigrantInnen gegenüber anderen diskriminiert werden. Dass die Einteilung von MigrantInnen in nützliche und nutzlose Menschen nicht eine neue Unterscheidungspraktik darstellt, zeigen Sebastian Friedrich und Marika Pierdicca. Am Beispiel dreier Einwanderungsdiskurse erhärten sie ihre These, dass das Prinzip der Verwertbarkeit in Deutschland bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren einer rassistischen Kategorisierung der Zuwanderer zudiente, die ihnen einen bestimmten beruflichen und sozialen Status zuwies.

Die prekären Lebens- und Arbeitssituationen bestimmter Zuwanderungsgruppen in Deutschland und Europa sind Thema der Beiträge im zweiten Teil des Sammelbands. Romani Rose beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen von in Deutschland lebenden Sinti und Roma. In seinen Ausführungen beschreibt er die Roma als idealtypische Figuren und Objekt von Diskursen über Freizügigkeits-, Sozialleistungs- und Asylmissbrauchs; er zeigt auf, wie die beiden Minderheiten zur schutzlosen Zielscheibe rechtspopulistischer Propaganda geworden sind. Über die Gründe prekärer Lebens- und Arbeitssituationen mobiler Beschäftig-

ter in Deutschland diskutieren Matthias Brümmer, Jochen Empen und Gero Lüers in einem Interview.

Dass sich der Rechtsschutz für einige Migrantengruppen in Deutschland verbessert hat, erläutert Helen Schwenken in ihrem Beitrag zum neuen ILO-Übereinkommen Nr. 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte. Vor allem für Frauen und migrantische Arbeiterinnen besteht damit eine rechtsbasierte Regulierung im informellen Sektor. Ob die neue Rechtsgrundlage ihre Situation verbessert, bleibt jedoch ungewiss. Denn solange die Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu einem Verlust des Aufenthaltsrechts führt, bleibt offen, ob die migrantischen Hausangestellten tatsächlich von ihren Rechten Gebrauch machen werden. Weitere Beiträge dieses Teils befassen sich mit der Situation von MigrantInnen ohne Aufenthaltsrecht (Emilija Mitrović) und mit den Migrationsmotiven und Lebensbedingungen emigrierter SpanierInnen in Deutschland zwischen 2004 und 2013 (Fabià Espuig). Der Sammelband schliesst mit einem Beitrag von Johannes Grabbe. Mit Fokus auf die Arbeitsmigration in Niedersachsen stellt er das Projekt «Junge Fachkräfte aus Europa» vor. In diesem Projekt richtet sich das Augenmerk auf die gezielte Vermittlung von ausländischen Fachkräften an niedersächsische Betriebe. Die Zusammenarbeit ermöglicht gerechte und faire Arbeitsbedingungen sowie die Stärkung niedersächsischer Betriebe im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Die Beiträge verdeutlichen, wie die unterschiedliche Steuerung der Migrationsprozesse auf europäischer und nationaler Ebene massgeblich zur prekären Lebens- und Arbeitssituation von

MigrantInnen beiträgt. Das Faktum, dass die Regulierungslogik der Binnenmigration durch die nationalstaatliche Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik dominiert ist, ermöglicht die systematische Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte. Mehrere Autorinnen und Autoren fordern deshalb den Aufbau einer umfassenden europäischen Migrationspolitik, welche den Ausbau sozialer Sicherungssysteme, bessere Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsmarktregulierung zum Ziel hat. Da der Sammelband inhaltlich vornehmlich auf die Einbettung der Arbeitsmigrationsbewegungen in die Struktur des EU-Migrationsregimes und der europäischen Arbeitsmärkte fokussiert, bleibt das Thema migrantischer Arbeitskämpfe leider aussen vor. *Migration und Arbeit in Europa* verschafft aber einen breiten Einblick in die Formen der Migration und ihren Zusammenhang mit dem europäischen Binnenmarkt. Mehrere Beiträge skizzieren zudem gewerkschaftliche und politische Ansatzpunkte zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen prekarisierter Beschäftigter.

Riccardo Pardini

---

Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): **Kämpfe um Migrationspolitik**. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. transcript Verlag, Bielefeld, 2014 (304 S.)

Ob bei der Beteiligung an der EU-Grenzschutzagentur Frontex, der innereuropäischen Ausschaffung von Asylsuchenden im Rahmen des Dublin-Ab-

kommens oder bei der Externalisierung von Grenzkontrollen durch Migrationspartnerschaften und Rückübernahmeabkommen: hinsichtlich der Migrations- und Grenzpolitik ist die Schweiz ein fester Bestandteil der Europäischen Union. Diese Kontrollinstanzen allerdings als «Festung Europa» zu bezeichnen, greift zu kurz. Zu fragmentiert, zu umkämpft und zu widersprüchlich sind die Prozesse, in denen sich in den letzten zwanzig Jahren eine europäisierte Migrationspolitik herausgebildet hat. Wie um diese Politik in dynamischen Kämpfen gerungen wurde und welche gesellschaftlichen Kräfte dabei hegemonial werden konnten, hat eine Frankfurter Forschungsgruppe um die PolitikwissenschaftlerInnen Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wissel untersucht. Mit ihrem Sammelband *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung* publizierten sie äusserst aufschlussreiche Ergebnisse.

Ausgangspunkt ihrer Forschung ist die Frage, wie sich die europäische Integration und die damit einhergehende Transnationalisierung von Staatlichkeit aus einer historisch-materialistischen Perspektive angemessen untersuchen lässt. Dabei gehen die AutorInnen davon aus, dass Staatlichkeit keine homogene und substantielle Einheit ist, sondern als «materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verstanden und daher aus den Dynamiken gesellschaftlicher Kämpfe heraus erklärt werden muss» (S.87). Staat und staatliche Politik sind also selbst Effekte gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, nicht zuletzt von Kämpfen um Hegemonie. Diese Kämpfe zeigen sich für

die AutorInnen in besonderer Weise auf dem Feld der Migrationspolitik, vollzieht sich hier doch ein massiver staatlicher Transformationsprozess, in dem die territoriale und sozial-räumliche Struktur politischer Herrschaft grundlegend neu geordnet wird und die Konturen eines «Staatsprojekts Europa» sichtbar werden.

Um diesen Fokus auf gesellschaftliche Kämpfe und Kräfteverhältnisse auch empirisch umzusetzen, entwickelte die Forschungsgruppe eine Untersuchungsmethode, die konkrete gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Konflikte erfassbar macht, in denen um die Ausgestaltung von Migrationspolitik und mithin auch um Staatlichkeit gerungen wird. Diese historisch-materialistische Politikanalyse rekonstruiert zunächst die Kontexte und historischen Situationen, in denen bestimmte politische Konflikte entstehen und identifiziert anschliessend, wie politische und ökonomische Akteure in diesen Konflikten mit unterschiedlichen Strategien und Zielen agieren. Aus diesen konkreten Analysen werden schliesslich verschiedene sogenannte Hegemonieprojekte abstrahiert, in denen sich vielfältige und verschachtelte Interessen, politische Logiken und Ziele bündeln.

Als zentrales und zunehmend hegemoniales migrationspolitisches Projekt identifizieren die Autor\_innen das sogenannte Migrationsmanagement, das sich in den 1990er-Jahren aus den Debatten um eine Vereinheitlichung der europäischen Migrationspolitik heraus entwickelte. Das Migrationsmanagement wird dabei als Kompromissformel zwischen neoliberalen Kräften und eher protektionistischen nationalkonserva-

tiven und nationalsozialen Strategien verstanden. Weit entfernt von einer allein auf Abschottung zielenden repressiven Politik, befragt das Migrationsmanagement grenzüberschreitende Migrationsbewegungen vor allem auf ihre ökonomische Verwertbarkeit: «Nicht in Abschottung und Vermeidung erkennt sie ihr vorderstes Ziel, sondern im Abschöpfen von Arbeitskraftreservoirs ausserhalb des eigenen Territoriums – freilich um den Preis einer umso strikteren Zurückweisung all jener, die nach neoliberalen Massgaben nicht zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit beitragen.» (S. 87)

Wie diese Selektivität des Migrationsmanagements in unterschiedlichen Staatsapparaten zur Geltung kommt und wie sich darin Kämpfe um Hegemonie widerspiegeln, wird anschliessend in fünf detailreichen Fallstudien herausgearbeitet. In diesen Studien zeigt sich die Stärke und analytische Komplexität des Forschungsansatzes in besonderer Weise. So verdeutlicht die Studie zu Frontex, dass diese europäische Agentur nicht in erster Linie für die Abschottung der Grenzen zuständig ist, sondern sich vor allem zu einem Apparat verselbständigt hat, der nationale Grenzbehörden mit dem gewünschten Wissen und Know-how zur effektiveren Kontrolle von Migrationsbewegungen versorgt. Dass die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung von Migrationspolitik auch auf der juristischen Ebene ausgetragen werden, zeigen zwei Aufsätze zum innereuropäischen Ausschaffungssystem Dublin II sowie zu sogenannten Push-Back-Operationen im Mittelmeer, bei denen Flüchtlingsboote zurück an die nordafrikanische Küste gedrängt werden. Gerade auf die-

sem Terrain konnten zuletzt gegenhegemoniale Erfolge errungen werden und durch einen strategischen Einsatz juristischer Staatsapparate wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zentrale Bestandteile des Migrationsmanagements infrage gestellt werden. In zwei Studien zur Arbeitskraftpolitik (u. a. zur europäischen «Blue Card» für die Zuwanderung von hoch qualifizierten Fachkräften) wird schliesslich erneut deutlich, dass die Metapher der «Festung Europa» in die Irre führt, aber auch, wie selektiv und verwertungsorientiert das europäische Grenzregime operiert.

Insgesamt gelingt es den verschiedenen Beiträgen des Sammelbandes, sowohl Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den Blick zu nehmen als auch offen zu bleiben für den kontingenten und prinzipiell wandelbaren Charakter historisch spezifischer Vergesellschaftungsformen. Der Sammelband leistet dabei eine fundierte Einführung in die historisch-materialistische Staatstheorie und gibt gleichzeitig mit seiner innovativen empirischen Analyse einen präzisen und materialreichen Überblick über die umkämpfte Entwicklung der europäischen Grenz- und Migrationspolitiken. Während die Methode der historisch-materialistischen Politikanalyse in Zukunft sicher fruchtbar auf weitere Themengebiete übertragen werden kann, wird die staatstheoretische Analyse der europäischen Migrationspolitik wichtige und überfällige Debatten zum umkämpften Verhältnis von europäischer Integration, Migration und Kapitalismus anstossen.

Simon Sontowski

---

Marina Frigerio: **Verbotene Kinder**. Die Kinder der italienischen Saisoniers erzählen von Trennung und Illegalität. Rotpunktverlag, Zürich 2014 (179 S.)

«Wenn das Interview uns hilft, aus dieser Situation herauszukommen, seist du gesegnet. Wenn sie uns deswegen fortschicken, werde ich dich verfluchen.» (S.152) Mit diesem Zwiespalt muss sich Marina Frigerio diesmal nicht mehr herumschlagen. Die Interviews mit Kindern und über Kinder von italienischen Saisoniers, die sie in ihrem Buch *Verbotene Kinder* zum Teil anonymisiert verwertet, sind entweder Jahrzehnte alt oder beziehen sich vordergründig auf jene längst vergangenen Zeiten. Und doch kommen sie einem ganz nah. Das kommt nicht von ungefähr.

Ganz in der Tradition der Oral History in der Ich-Form und mit knappen Sätzen erzählt, zeugen die Geschichten von einfachen Leuten und ihren Kindern, späteren Künstlerinnen, Konsularbeamten und Professorinnen, Sozialarbeitenden, von einem grossen Vertrauen zwischen Befragten und Erzählerin. Die im Tessin als Tochter eines Schweizer und einer Italienerin geborene und aufgewachsene Autorin hat seinerzeit in Solothurn als Beraterin von Saisoniers und ihren Angehörigen für die Stiftung für die berufliche Weiterbildung und Schulhilfe FOPRAS gearbeitet. Das erlaubt es ihr nicht nur, deren Realitäten schonungslos und doch empathisch zu schildern, sondern sie auch in einen grösseren Kontext zu stellen, der bis in die heutigen Tage reicht.

Freilich: Der Einstieg wäre mir einfacher gelungen, wenn die Kurzbiografien vor dem ersten Kapitel zu den «Auswir-

kungen des Schweizer Saisonierstatus» gestanden hätten. Frigerio geht eingangs der Geschichte dieser Regelung ab 1934 nach und versucht, die Tragweite des Phänomens zu umreisen. In einem zweiten Schritt gibt sie einen einmaligen Einblick auf die dagegen entstandene Solidaritätsbewegung in der Schweiz wieder und zeigt die späte öffentliche Empörung darüber in Italien auf. Nachdem sie den Wandel der italienischen Gesellschaft zu einer Einwanderungsgemeinschaft nachgezeichnet hat, kritisiert sie deren bigotte Haltung gegenüber den Kindern heutiger EinwandererInnen. Auch das kommt nicht von ungefähr: Diesen Vergleich machen später im Buch ehemalige Betroffene immer wieder selbst.

Felipe, Francisco, Marco, Chiara, Pietro, Mario, Maria, Anna, Claudio, Luigi: das sind die Pseudonyme der Kinder, die stellvertretend für Zehntausende von Gleichaltrigen und ihre Familien stehen. Sofort wird den Lesenden klar, dass es im Buch nicht nur um Kinder geht, die in ihrem zarten Alter von drei bis achtzehn Jahren in der Schweiz versteckt und meist ohne Schulbildung vegetieren mussten. Marco meint gar, dies sei das kleinere Übel gewesen: Die Leute mussten ja entscheiden. Sie konnten ihre Kinder bei sich in der Schweiz verstecken, sie im Herkunftsort bei Verwandten und Bekannten zurücklassen oder in ein grenznahe Internat stecken, um wenigstens die Wochenenden mit ihnen zu verbringen. Es erstaunt nicht, dass die letzte Variante von den Betroffenen durchwegs als die schlimmste gewertet wird: «Ich kannte niemanden und fühlte mich in der Masse verloren, mir fehlte die Aufmerksamkeit, die ich zu Hause erhielt.» (S.121) Damit aber

nicht genug: Viele Kinder erlebten mehrere dieser Situationen nacheinander. Sie wurden aufgrund von Schicksalsschlägen oder Änderungen der Aufenthaltsbewilligung ihrer Eltern von einem Tag auf den anderen aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen und mussten sich viel zu früh und mit schwerwiegenden Folgen bis heute damit abfinden, alles plötzlich aufzugeben und unter widrigsten Umständen von neuem aufzubauen: «Mit dem zunehmenden Alter überwindet man es, aber der Trennungsschmerz prägt einen doch.» (S. 121)

«Für die Italiener und Italienerinnen in der Schweiz scheint der Zeitpunkt der Erinnerung gekommen zu sein», meint Frigerio in der Einleitung zum dritten Kapitel (S. 56). Diese Chance packt sie auf hoffnungsvolle Weise, indem sie 21 ProtagonistInnen jener Zeit aus heutiger Sicht reflektieren lässt und «als Gegenpol zu ihrer schwierigen Kindheit von ihren Erfolgen in finanzieller Hinsicht, im Studium, im Familienleben» erzählen lässt (S. 56). Genial die Trilogie ab Seite 133, in der der Maurer Tonino, seine Frau Rosaria und deren gemeinsamer Sohn Luigi dieselbe Geschichte aus verschiedenen Perspektiven erzählen. Der Erwachsenenbildner und Gewerkschafter Gianfranco Martina erzählt von seinen schlaflosen Nächten vor Sorgen um die Menschen, die er unterstützte. Erst im Gespräch mit Frigerio wird ihm klar, sich nie darüber Gedanken gemacht zu haben, selbst als Kind ein paar Jahre bei den Grosseltern in Italien gelebt zu haben, während seine Eltern in der Schweiz arbeiteten: «Wahrscheinlich berührten mich die Geschichten der Saisonierkinder so tief, weil sie mich an meine eigenen Erfahrungen als Emigrantenkinder erinnerten.» (S. 155)

Und so habe auch ich am Ende des Buches in kurzer Zeit selbst so viel über mich und meine Geschichte gelernt wie selten zuvor. Nein, ich war nie ein verstecktes Kind. Als Sohn eines Italieners und einer Schweizerin verkehrte ich aber viel in der damaligen italienischen Community und werde mir erst jetzt gewahr, wie gross die Not meiner Nächsten damals war, wie viele Menschen sie damals betraf. Dank der Emanzipationsbewegung 1975 eingebürgert – davor konnten nur Väter die Schweizer Bürgerschaft vererben –, wuchs ich behüteter auf als die meisten Porträtierten. Doch auch mich haben die damaligen Erlebnisse für immer geprägt. In den Worten von Marina Frigerio (Schweizer Fernsehen, «Club»-Diskussionssendung, 27. Mai 2014), an den SVP-Politiker Ulrich Schlüer gerichtet (Nationalrat und ehemals Sekretär der Schwarzenbach-Initiative): «Eigentlich bin ich eine Papiertessinerin. [...] Ich freue mich auf diese Runde, und ich möchte Ihnen etwas sagen: Wir sehen uns jetzt auf gleicher Augenhöhe, aber als Kind sind sie wie ein Gespenst für mich gewesen. [...] Wie ich haben alle anderen Migrantenkinder grosse Angst gehabt. [...] Heute, hier und jetzt, bin ich Psychotherapeutin und [...] kann wirklich sagen: Die ganzen Kampagnen, die erschrecken die Migrantenkinder immer noch.»

Das Buch kommt zur rechten Zeit: Mit der Masseneinwanderungsinitiative schaffte die politische Rechte das, was sie in den Siebzigerjahren mit der Schwarzenbach-Initiative nicht erreichen konnte. Dies das Fazit des grünen Nationalrates Ueli Leuenberger anlässlich der Buchvernissage in Bern. Das Buch *Verbotene Kinder* leistet einen grossen Beitrag zur dringend nötigen

Aufarbeitung der Leiden ehemaliger Saisonkinder und ihrer Familien. In ihren Geschichten offenbart sich ein humanitärer Skandal. Es ist ein Buch, das gelesen werden muss.

Salvatore Pittà

---

Heinz-J. Bontrup: **Krisenkapitalismus und EU-Verfall**. PapyRossa Verlag, Köln 2014 (231 S.)

Die Zahl der kritischen Publikationen zur EU mit ihrem monetären Zentrum Euro-Währung ist gross. Wichtige Erkenntnisse über die Ursachen und Folgen der Eurokrise sowie die Spaltung durch die neoliberale Offensive unter dem Stichwort Stärkung des Wettbewerbs sind auch zwischen den Mitgliedsländern nachlesbar. Auch werden Alternativen zu den Rettungsschirmen, die letztlich nur die Banken und die beteiligten Vermögenden zu retten versuchen, unterbreitet. Es fällt jedoch auf, dass diese politischen und ökonomischen Analysen zur EU- und Eurokrise viel zu wenig auf die Triebkräfte der kapitalistischen Verwertungs- und Profitdynamik eingehen. Auch werden bei der Kritik am neoliberalen Dogma der Marktentfesselung als Schablone staatlichen Handelns zu wenig die politisch-ökonomischen Herrschaftsinteressen betont. Logischerweise fehlt schliesslich den Reformvorschlägen die Kraft, eine gesellschaftliche Alternative auf der Basis eines demokratischen Wirtschaftssystems zu konzipieren.

Diese Defizite will Heinz-J. Bontrup, einer der Sprecher der «Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik», mit sei-

nem Buch *Krisenkapitalismus und EU-Verfall* überwinden. Auf der Basis seiner langjährigen erfolgreichen wissenschaftlichen Arbeit zur Anatomie des heute stark finanzmarktgetriebenen Kapitalismus sowie zu zentralen Alternativen wie einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft und einer entschiedenen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich löst er seine erkenntnisleitenden Interessen in dieser Publikation überzeugend ein. Dazu entwickelt er seine an anderer Stelle publizierten Ausführungen zur Politischen Ökonomie des Verwertungskapitalismus weiter. Erstmals in dieser Klarheit werden die grundlegenden Erkenntnisse über die Anatomie des monopolisierten Kapitalismus sowie die neoliberale Ordnungspolitik des Staates als gefügiger Erfüllungsgehilfe der Unternehmen und Reichen auch zur Vermessung der aktuellen EU-Politik eingesetzt. Wenn auch nicht immer der Kontext zum Thema EU-Verfall bei den einzelnen Kapiteln erkennbar ist: Es lohnt sich, die analytisch scharfsinnigen und empirisch fundierten Ausführungen vom «kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozess» über das Wettbewerbsdogma und die Ware Arbeitskraft bis zu «Europa geht anders – Wirtschaftsdemokratie als Alternative» zu studieren.

Das gesamte Buch wird durch die Fundamentalaussage geprägt: «Der Kapitalismus basiert auf einem widersprüchlichen und in Ungleichheit begründeten System». Die Leistung Bontrups besteht darin, diesen Schlüsselatz erkenntnisbringend Schritt für Schritt verständlich zu machen.

Das Kapitel «Ware Arbeitskraft und ihre Besonderheit» fasst die Kritik an

der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie erneut zusammen. Es ist schon faszinierend dumm und makaber, wie beispielsweise Hans-Werner Sinn durch die Ineinsetzung des Arbeitsmarkts mit dem Markt von Äpfeln die existenzielle Abhängigkeit von Menschen, die auf einen Arbeitsplatz angewiesen sind, wegdefiniert. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zeigt sich, wie Bontrup belegt, durch den Zwang, zu jedem vorgegebenen Lohn Arbeit annehmen zu müssen, ja die Arbeitsnachfrage bei sinkendem Lohn zum Ausgleich des Einkommensverlustes auszuweiten («Konkurrenzparadoxon»). Weil die EU mehrheitlich dieser neoklassischen Rechtfertigung von Ausbeutung am Arbeitsmarkt folgt, ist es wichtig, die Kritik von Heinz Bontrup zu verbreiten. Aus der systemischen Dependenz der Ware Arbeitskraft vom Kapital folgen die Forderungen: ein starkes Tarifsysteem als kollektiver Schutz gegen das Unternehmensmonopol sowie eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Bontrups Ausführungen zum heutigen finanzmarktgetriebenen Spekulationskapitalismus lassen sich für die Erklärung der Eurokrise bestens nutzen. Immerhin ist es mit den Euro-Rettungsschirmen sowie der entschiedenen Politik der Europäischen Zentralbank gelungen, Spekulationen von Hedgefonds gegen Krisenstaaten ausser Kraft zu setzen. Durch eine nachhaltige Ordnung zugunsten eines dienenden Bankensektors, den schon Adam Smith in seinem Hauptwerk 1776 gefordert hat, muss die Produktionswirtschaft von der Herrschaft der Finanzoligarchen befreit werden. Beim Zurück zur Produktionswirtschaft darf jedoch nicht stehen geblieben werden. Es

ist das Verdienst von Heinz Bontrup, zu zeigen, dass sich immer wieder die Aufgabe stellt, die vorherrschenden, ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen. Und das heisst Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse. Leider versäumt es Bontrup, gegen die neoklassische Doktrin die Notwendigkeit von Mindestlöhnen zu begründen. Bezogen auf eine künftige Finanz- und Wirtschaftsunion verdient die präzise Kritik an der neoliberalen Doktrin, Staatsschulden praktisch nicht mehr zuzulassen, grosse Anerkennung. Die Schuldenbremsen werden zu massiven Bremsen einer zukunftsfähigen Entwicklung. Wer heute auf die öffentliche Finanzierung von für die Zukunft wichtigen Infrastrukturinvestitionen etwa in die Umwelt verzichtet, der versündigt sich an den künftigen Generationen. Auch hat die Konditionalität, Finanzhilfen von den Geberländern gibt es nur gegen eine erstickende Austeritätspolitik, in den Euro-Krisenländern zur Dauerkrise und sozialen Verarmung geführt. Wenn Sigmar Gabriel derzeit zumindest die Lockerung des Staatsschuldenverbots im EU-Fiskalpakt fordert, dann scheint die Kritik von Bontrup allerdings noch viel zu schwach zu wirken.

Bei der Präsentation der Massnahmen zur Euro-Rettung zugunsten der Bevölkerung in den Krisenländern und nicht der Banken und beteiligten Vermögenden berücksichtigt Heinz Bontrup die Rolle der Europäischen Zentralbank nur am Rande. Dabei hat die Notenbank ihre Möglichkeiten ausgereizt. Sie kann jedoch allein die Krise nicht überwinden. Erforderlich sind eine aktive EU-Finanzpolitik und der Zwang der Banken zur Nutzung des billigen Geldes zur Kreditvergabe.

Das Buch schliesst mit dem überzeugenden Kapitel «Europa geht anders – Wirtschaftsdemokratie als Alternative». Zusammen mit einem Handlungskatalog zur makroökonomischen Politik wird für eine Stärkung der demokratischen Institutionen, aber auch betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung plädiert. Die Lektüre dieses gut lesbaren Buchs lohnt sich. Entscheider sind zur Lektüre verpflichtet. Die Verteilung des in mehrere Sprachen übersetzten Buchs an alle Mitglieder des Europäischen Parlaments wird empfohlen.

Rudolf Hickel

---

Thomas Sauer / Peter Wahl (Hg.): **Welche Zukunft hat die EU?** Eine Kontroverse. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA Verlag, Hamburg 2013 (189 S.)

Thomas Sauer und Peter Wahl haben einen interdisziplinären Sammelband zur Zukunft der EU herausgegeben. Die elf Autoren und zwei Autorinnen widmen sich vor allem der Frage, wie der Zustand des «sozialen Europa» verbessert werden kann. Sie legen dar, wie die soziale Krise mit der Währungsunion zusammenhängt. Sie erörtern drei Anpassungsmechanismen, durch welche eine Volkswirtschaft bei gegebenem Offenheitsgrad im Aussenhandel auf «externe Schocks» reagieren kann, insbesondere auf erhöhten Wettbewerbsdruck mit Zinsaufschlägen auf die staatlichen Schulden. Es sind dies 1) Abwertung der Währung, 2) Erhöhung der Transfereinkommen (dazu zählen Ökonomen alle öffentlichen Sozialleistun-

gen) und 3) Senkung von Nominallöhnen und Transfereinkommen (die sogenannte Austeritätspolitik). Ausserdem können eine expansive Geldpolitik und Investitionen, etwa in Infrastruktur oder Forschung, bei der Bewältigung externer Schocks helfen. Erstaunlicherweise wird der Wechsel zur expansiven Geldpolitik, welchen die Europäische Zentralbank (EZB) 2012 vollzogen hat, im Band nur beiläufig erwähnt.

Eine Währungsunion schliesst logischerweise die Abwertung einzelner Währungen aus; da etwa in Griechenland und Deutschland der Euro gilt, ist es nicht mehr möglich, die Drachme und die Deutsche Mark gegeneinander auf- und abzuwerten. Die Mitgliedsländer dürfen sich nicht bei der Zentralbank verschulden, sondern nur am Finanzmarkt (Entsprechendes gilt für Investitionen). Daher können für die Erhöhung von Transferleistungen nur begrenzt Schulden aufgenommen werden, weil sonst die Zinsaufschläge nach oben schiessen. Die Euro-Staaten haben keinen «lender of the last resort»; diese Rolle fällt dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu, dessen Hilfeleistungen von der Troika (Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank) in der Regel dadurch sanktioniert werden, dass den betreffenden Ländern eine Senkung von Nominallöhnen und Transfereinkommen verordnet wird. Das ist die berüchtigte Austeritätspolitik. Elmar Altvater notiert in seinem Beitrag sarkastisch: «Das deutscheste Wort, so empfinden es viele insbesondere in Südeuropa, heisst «Austerity».» (S. 54)

Alle Autoren des Bandes stimmen darin überein, dass die Troika-Politik, welche von den Kreditgeber-Ländern

(vor allem Deutschland) durchgesetzt wurde, falsch ist. Als Alternative werden Investitionsprogramme und Schuldenerlasse skizziert, nach dem Vorbild des Marshallplans 1947/48 und der Londoner Schuldenabkommen von 1953, von welchen Deutschland überproportional profitiert hat. In der Einschätzung, wie dies politisch umzusetzen sei, unterscheiden sich die Autoren jedoch deutlich. Das Spektrum reicht von denjenigen, die Reformen im bestehenden Institutionen- und Parteiengefüge für aussichtsreich halten, bis zu denjenigen, welche das für unmöglich halten.

Autoren, welche letzterer Sicht zu-neigen – am pointiertesten und klarsten Peter Wahl –, sehen die EU ideologisch auf «offene Marktwirtschaft» festgelegt; in der Tat ist die marktförmige Wirtschaftsverfassung in den Europäischen Verträgen ausdrücklich fixiert (das Verschuldungsverbot der Regierungen bei der Zentralbank ist dafür ein Beispiel), während z.B. das deutsche Grundgesetz die Form der Wirtschaftsverfassung offenlässt. Die reformorientierten Autoren hingegen suchen nach einer Idee, der supranationalen Ebene zu einem neuen strategischen Durchbruch gegenüber der intergouvernementalen Ebene zu verhelfen, etwa im Sinne von Schumanns Montanunion von 1951. Die radikalen Autoren haben diese Suche aufgegeben, stattdessen propagieren sie geordnete Austritte aus EU oder Euro, um die «Freiheit» der Abwertung wiederherzustellen. Letztlich arbeiten sich die meisten Autoren in diesen Fragen an der Habermas-Streeck-Kontroverse über die EU ab (Blätter 2013).

Im vorliegenden Band haben aber die Befürworter eines Erhalts der Eurozone ohne Austrittsoption die überzeu-

genderen Argumente. Peter Wahl argumentiert (S.184): «Das machtpolitische Zentrum jeder Auseinandersetzung auch über den Weg der EU liegt in den Nationalstaaten.» Wenn das stimmen würde, dann hätten linke Regierungen in Spanien, Portugal, Italien oder Griechenland mit der «Währungsunion-Dividende» – Zinsen in Euro sind niedriger als in nationalen Währungen – in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren doch für eine nachhaltige Sozialpolitik und für Investitionen sorgen und die Immobilienblase vermeiden müssen. Und auch die Bankenregulierung war ja noch nationalstaatlich – in der Tat ist die Bankenunion ein Beispiel dafür, wie die supranationale Ebene das Risiko der «Zombie-Plage» (Joachim Bischoff, S.159) in den nationalen Bankensektoren überwindet. Deshalb ist der oben angesprochene Wechsel in der EZB-Geldpolitik von Interesse: Er ist ein (weiteres) Beispiel dafür, wie die supranationale Ebene nationalstaatliche Scheuklappen wie jene des «deutschen Machtzentrums» überwinden kann (siehe beispielsweise Schmidt 2014).

Der Band enthält alle wichtigen Informationen und Hintergründe, die im Zusammenhang mit der europäischen Wettbewerbs- und Sozialpolitik und der Eurozone relevant sind. Zu kurz kommen einige Elemente der Institutionen-debatte sowie die Rolle des Europäischen Gerichtshofes, dessen Rechtsprechung, aus der europäischen Grundrechte-Charta abgeleitet, dem von einigen Autoren beklagten «neoliberalen Geist» der EU vielfach entgegenwirkt, siehe etwa die jüngsten Einlassungen zum Anspruch auf Sozialleistungen für AusländerInnen. Solche Hintergründe sind leider über die ver-

schiedenen Beiträge verteilt, was es LeserInnen, welche mit der EU wenig vertraut sind, erschwert, den Argumenten zu folgen. Daher empfehle ich, die Artikel von Andreas Fisahn, Arne Heise und Thomas Sauer zuerst zu lesen, sodann Elmar Altvater und Peter Wahl. Als ergänzende Grundlagenlektüre sehr zu empfehlen ist der Einführungstext von Pinder/Usherwood (2013), leider nur in englischer Sprache verfügbar.

Unklar ist, an welche LeserInnen sich die AutorInnen wenden möchten. Ist es ein breites Publikum, oder werden ausgesuchte Zielgruppen angesprochen? So muss man schon mit marxistischer Terminologie vertraut sein, um Joachim Bischoff folgen zu können; andernfalls entgeht einem der Genuss eines kenntnisreichen, gut aufgebauten Arguments. Ähnlich könnte es Nichtwirtschaftswissenschaftlern bei der Lektüre von Arne Heise und Thomas Sauer ergehen. Letzterer unterstützt als Einziger seinen Text mit Tabellen und Grafiken. Das hätte gerade auch Karsten Peters Diskussion von institutionellen Modellen gut getan. Auch erwartet man von einem «Reader des Wissenschaftlichen Beirats» eine gewisse Einheitlichkeit und Sachorientierung im Stil. Die Beiträge von Anne Karras, Peter Herrmann und Roland Süß sind kaum wissenschaftliche Argumentationen, sondern eher emotional durchfärbte Meinungsäußerungen. Elmar Altvater wählt als Textform eine Polemik; was ich – ungeschult in den Usancen politikwissenschaftlicher Schreibweise – erstaunlich finde.

Die Herausgeber hätten einige Argumente kritischer hinterfragen sollen; so behauptet beispielsweise Lucas Zeise (S. 94), «dass speziell die deutschen Unternehmen das grösste Interesse an ei-

nem schrankenlosen Binnenmarkt mit einer einheitlichen Währung hatten», und Friederike Spiecker (S. 71), dass «die Verfehlung des gemeinsamen Inflationsziels der EWU [in Deutschland] am grössten» war. Sie scheint auch zu behaupten (S. 71), dass sinkende Lohnstückkosten etwa in Griechenland nicht zu Exportzunahmen führten. Ich finde keine empirischen Belege für solche Behauptungen. Insgesamt ist es aber ein sehr anregender und facettenreicher Sammelband, der eine Bandbreite von Sichten, auch von Kontroversen eröffnet. Es ist zu wünschen, dass er eine weit über Attac hinausreichende Leserschaft findet und die Diskussion anregt.

#### Literatur

- Blätter für die deutsche und internationale Politik (Hg.), 2013: Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise. Nr. 5, Berlin
- Pinder, John / Usherwood, Simon, 2013: European Union: A very short introduction. Oxford (3., überarbeitete Aufl.)
- Schmidt, Oliver, 2014: Euro (pa)-Politik 2014: Kein Grund zur Langeweile! Reflexion zum Jahreswechsel 2013/14. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Januar, Luxemburg

Oliver Schmidt

---

Stefan Schmalz, Klaus Dörre (Hg.): **Comeback der Gewerkschaften?** Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Campus Verlag, Frankfurt/ New York 2013 (454 S.)

Betrachtet man die Lage der Gewerkschaften im Jahr 2014 dann ergibt sich mehrheitlich ein düsteres Bild. In den meisten industrialisierten Ländern sind die Mitgliederzahlen seit den 1990er-Jahren rückläufig und der Organisationsgrad sinkt. Mit dieser Entwicklung einhergegangen ist eine Schwächung der «institutionellen Macht» der Gewerkschaften, messbar z.B. im Abdeckungsgrad mit Kollektivverträgen. In Deutschland ging der Abdeckungsgrad mit Kollektivverträgen («Flächentarifbindung») von 1996 bis 2011 von 70 auf 54 Prozent zurück (Urban, S. 386).

Für viele Länder bedeutete die Abnahme der Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften eine Verschlechterung des sozialen Schutzes, sei es durch eine geringere Bedeutung der Kollektivverträge oder einen Abbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes. Dieser Trend verschärfte sich nach der Finanzkrise von 2007: Vor allem in Südeuropa und in Mittel-/Osteuropa ist der vertragliche und arbeitsrechtliche Schutz nochmals drastisch abgebaut worden. Dies trotz Mobilisierung der Gewerkschaften, trotz Streiks und Massenprotesten. Eine Darstellung des Ablaufs der verschiedenen Krisen seit 1970, von deren Einfluss auf die Organisationsmacht der Gewerkschaften sowie deren Gegenstrategien geben Schmalz und Weinmann in ihrem Beitrag (S. 76 ff.).

Wie kommen die Herausgeber angesichts dieser Entwicklungen dazu, ihrem Buch den Titel *Comeback der Ge-*

*werkschaften?* zu geben? Für Deutschland stellen die AutorInnen eine gewisse «gewerkschaftliche Revitalisierung» etwa darin fest, dass die grösste deutsche Gewerkschaft IG Metall in den letzten Jahren wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte. Auch die zweitgrösste deutsche Gewerkschaft ver.di, konnte letztes Jahr seit vielen Jahren wieder an Mitgliedern zulegen. Eine Entwicklung, die nicht für alle Länder zutrifft. Trotzdem vertreten zahlreiche Sozialwissenschaftler die These, dass die Gewerkschaften durchaus erneuerbar sind und aus der Phase der «marktgetriebenen Landnahme», welche den postfordistischen Kapitalismus prägt, nicht unbedingt geschwächt hervorgehen müssen. Andere bezweifeln die Reformfähigkeit der Gewerkschaften und gehen wie André Gorz davon aus, dass die Gewerkschaften irreversibel zerfallen werden oder dass sich ein ganz neues Modell der Arbeitsbeziehungen entwickeln wird (Dörre/Schmalz, S. 18).

Die 36 AutorInnen nehmen diese Kontroverse auf und analysieren, unter Rückgriff auf den «Jenaer Machtressourcenansatz», die wichtigsten Entwicklungen der letzten Jahre und die Reformansätze in verschiedenen Ländern. Dieses Analysewerkzeug wurde vom Arbeitskreis «Strategic Unionism» in Jena entwickelt. Es wird danach gefragt, was eigentlich die Basis für die Einflussmöglichkeiten (Macht) der Gewerkschaften darstellt. Dabei wird unterschieden in strukturelle und Organisationsmacht, das heisst die Stellung der Beschäftigten im Produktionsprozess einerseits und die eigentliche Fähigkeit zur Organisation und kollektiver Aktion in Gewerkschaften andererseits.

Die dritte Machtressource, die institutionelle Macht, resultiert aus der Stellung der Gewerkschaften innerhalb bestehender Einrichtungen (z.B. Kollektivverträge oder Sozialversicherungen). Schliesslich kommt die Strategiefähigkeit als vierte Machtressource hinzu, das heisst die Fähigkeiten, sich in der Öffentlichkeit sowie gegenüber Arbeitgebern und Staat zu positionieren und die gewerkschaftlichen Machtressourcen im richtigen Zeitpunkt zu nutzen.

Ein erster Block von Artikeln im Buch widmet sich diesen theoretischen Grundlagen der Gewerkschaftsmacht und der Debatte um die gewerkschaftliche Erneuerung. Zwei Blöcke befassen sich mit der aktuellen Gewerkschaftspolitik in Deutschland, inklusive Beispielen der gewerkschaftlichen Revitalisierung. Dann wird der Blick geöffnet und durch Beispiele aus internationalen Fallstudien erweitert. Schliesslich versuchen Vertreter des Arbeitskreises und je ein Vertreter von IG Metall und ver.di Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis zu ziehen.

Kim Voss erinnert uns in ihrem Beitrag (S. 56ff.) daran, dass die gängigsten gewerkschaftlichen Revitalisierungsansätze ihren Ursprung in den USA haben. Dort wurde in den 1990er-Jahren unter dem Begriff «Social Movement Unionism» (SMU) ein Modell entwickelt, das den Schwerpunkt auf die Organisierung der Nichtorganisierten legt und sich an die Erfahrungen der US-Bürgerrechtsbewegung anlehnt. Der Beitrag nimmt auch die innerhalb der US-Gewerkschaften laufende Diskussion über die Auswirkungen des SMU-Modells auf die innergewerkschaftliche Demokratie auf. Ein von der Gewerkschaftsführung «von oben» eingeführ-

tes Organizing-Modell kann durchaus dazu führen, dass die Interessenvertretung der bereits organisierten Beschäftigten vernachlässigt wird und innerdemokratische Prinzipien negiert werden. Beim Beitrag von Voss fällt auf, wie unterschiedlich eigentlich die Voraussetzungen für eine Revitalisierungsstrategie in den USA und in Europa sind. So ist etwa der Organisationsgrad in den USA mit rund 11 Prozent im OECD-Vergleich extrem tief. Das gleiche gilt für den Abdeckungsgrad mit Kollektivverträgen. Kommt hinzu, dass die institutionelle Macht der Gewerkschaften im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern deutlich schwächer ist. Die betriebliche wie auch die überbetriebliche Regulierung hat in Europa ein anderes Niveau. Stichworte hierfür sind Mitbestimmung, kollektives Arbeitsrecht oder tripartite Strukturen. Erstaunlich, dass sich trotz dieser Unterschiede die meisten der in Europa unter dem Begriff Organizing zusammengefassten Aktivierungsbemühungen auf den US-Ansatz abstützen. Und dies erscheint aufgrund der im Buch geschilderten Berichte in einer ersten Bilanz durchaus erfolgreich.

Dies mag damit zusammenhängen, dass die Organizing-Ansätze vor allem in Bereichen sogenannter weisser Flecken oder Gewerkschaftswüsten angewendet wurden. Also Bereiche, die der Situation in den USA ähnlich sind. In Deutschland von der IG Metall z.B. im lang vernachlässigten Handwerk (Scholz, S. 199ff.) oder beim Kampf für die Besserstellung der Leiharbeit (Schmalz/Hinz/Woschnak/Schwetje/Paul, S. 258). Schliesslich werden verschiedene Beispiele für erfolgreiches Organizing im Dienstleistungssektor

dargestellt, so etwa im deutschen Gesundheitswesen (Neuner, S. 213 ff.) oder in den Kindertagesstädten (Kutlu, S. 226 ff). Insbesondere der private Dienstleistungsbereich gilt in den meisten Ländern als schwer organisierbar.

Der Blick über Europa hinaus vermittelt Beispiele von Arbeitskonflikten und gewerkschaftlicher Erneuerung aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Aus Sicht der internationalen Arbeitsteilung und Standortkonkurrenz ist vor allem der Beitrag über China interessant (Butollo/Lüthje, S. 276 ff.). Er gibt einen Überblick über die Produktionsregimes und industriellen Beziehungen in diesem Land und beschreibt die wichtigsten Arbeitskonflikte seit 2010 mit dem gemeinsamen Merkmal relativ spontaner Arbeitskonflikte bei gleichzeitig fehlender Organisationsmacht der Gewerkschaften.

Einen Beitrag über die Schweiz gibt es im vorliegenden Sammelband nicht. Auch hierzulande gibt es Anzeichen für ein Comeback der Gewerkschaften. Die Mitgliederzahlen nehmen seit einigen Jahren zuerst bei einigen kleineren Gewerkschaften und beim VPOD sowie seit drei Jahren auch bei der grössten Gewerkschaft Unia wieder zu.<sup>1</sup> Sie hat in verschiedenen Bereichen (Pflegebereich, Detailhandel, Gartenbau, Bauhandwerk) eine Erneuerungsstrategie in Angriff genommen, die auf den SMU-Ansatz zurückgreift.<sup>2</sup> Zudem hat eine Umlagerung der gewerkschaftlichen Ressourcen in Richtung Kampagnen und Bewegungsarbeit stattgefunden: Maximal ein Drittel der finanziellen Ressourcen soll für Serviceleistungen, Rechtsberatung und Verwaltung verwendet werden, zwei Drittel für die politische Arbeit.<sup>3</sup>

Der Organizing-Ansatz hat innerhalb der Gewerkschaft zu Diskussionen über das zukünftige Gewerkschaftsmodell, aber auch über die Gefahren für die innergewerkschaftliche Demokratie geführt.<sup>4</sup> Durch die Neuausrichtung der Gewerkschaft Unia kam es auch zu Konflikten mit anderen Gewerkschaften, z. B. mit dem VPOD. Eine sorgfältige Bilanzierung dieser Schweizer Erfahrungen mit den Werkzeugen des Jenaer Machtressourcenansatzes wäre eine wichtige Ergänzung zu *Comback der Gewerkschaften?*.

### Anmerkungen

- 1 SGB, 2013: Zur Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im Jahr 2012, Dossier Nr. 96, Bern.
- 2 Angele, Patrick / Durtschi, Adrian / Walliser, Tanja, 2011: Organizing in der Schweiz. In: Widerspruch, Heft 61, Zürich, 181–188. Siehe auch: Interview mit Adrian Durtschi zum Organizing in der Schweizer Gewerkschaft Unia, 2014. In: Express, Heft 05/14.
- 3 Boewe, Jörn, 2013: Das Kräfteverhältnis ändern. In: Detlef Wetzels (Hrsg.): Organizing. Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip der Beteiligung. Hamburg, 302–305.
- 4 Darauf haben hingewiesen: Herzog, Roland / Schäppi, Hans, 2011: Organizing – und die Demokratisierung der Gewerkschaften. In: Widerspruch, Heft 60, Zürich, 191–195. Dazu auch: Interview mit Adrian Durtschi, siehe oben.

Hans Baumann

---

Christian Tirefort: **Manifeste pour un nouveau contrat social.** Réhabiliter le travail, c'est le libérer de l'emploi capitaliste. L'Harmattan, Paris 2013 (232 S.)

Das vorliegende «Manifest für einen neuen Sozialvertrag» ist ein Antidot gegen die Orientierungslosigkeit. Verfasst hat es Christian Tirefort, Aktivist und Gewerkschafter während langer Jahre. Sein reicher Erfahrungshintergrund und Diskussionen in linken Zirkeln haben ihn dazu bewogen, eine solche Schrift zu verfassen. Bereits der Untertitel «Die Arbeit wertschätzen heisst, sie von der kapitalistischen Beschäftigungsweise befreien» sagt vieles aus über den Inhalt. Tirefort begnügt sich nicht einfach mit einer radikalen Kapitalismuskritik. Im Gegenteil, mit Marx vor Augen zeigt er uns adäquate Alternativen übersetzt in unsere Zeit auf. «L'alternative existe», so sein Credo. Auf über 200 Seiten tritt Tirefort den Beweis dafür an und entwickelt grundlegende Konzepte für eine Alternative gegen den Kapitalismus, der uns direkt an die Wand fährt.

Das Buch beginnt mit einer unerbittlichen Auslegeordnung der desaströsen Folgen, die durch die Akkumulation des Kapitals provoziert werden. Das Überleben des Kapitalismus hängt von seiner Leistungsfähigkeit ab, aus allem und jedem Geld zu schlagen. Diese umfassende Vermarktung geht einher mit Machtausübung und Herrschaft über materielle wie gesellschaftliche Werte-haltungen. Es ist offensichtlich, überall wird die kapitalistische Vision durchgesetzt. Das zeigt sich in den verheerenden Folgen des Finanzkapitals; den Staatsverschuldungen, die den domi-

nierenden Finanzmarktinstitutionen zurückzuzahlen sind; in der Zerstörung des Planeten; in der entsetzlichen Ausbeutung von allem, was verkauft werden kann und Profite verspricht, wie Erde und Meere, Tiere und Menschen; in Kriegen, die vordergründig als Kampf für die Demokratie geführt werden.

Tirefort geht mit den «Herren Kapitalisten» und ihren Machenschaften in Bezug auf die (enorme) Arbeitsproduktivität, den sozialen Mehrwert, wie die Notwendigkeit einer «Elite» (wohlverstanden einer bürgerlichen), und die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Nationen hart ins Gericht. Er entlarvt auch ihr Lamento, die Arbeit sei zu teuer. Für Kapitalisten liegt es in der Natur der Sache: Alles was nicht Profit abwirft, verursacht Kosten – obschon Arbeit, und vor allem Arbeit, ihnen zu Reichtum verhilft, wie vom Autor ausgeführt wird.

Für Christian Tirefort sind die weltweiten sozialen Kräfte und Bewegungen nicht einfach als Ventil des Kapitalismus zu verstehen. Sie treten ein für eine andere Welt, die entstehen wird, sobald jegliche Arbeit – bis heute ist sie durch das Kapital und für die meisten Arbeitnehmenden fremdbestimmt – in ihrem Wert anerkannt wird und wir sie uns zu eigen machen. Für Tirefort ist Arbeit «la faculté de faire», die uns in die Lage versetzt, in Kooperation anstatt in Konkurrenz zum Wohle aller tätig zu sein. Arbeit sei als kreativer Vorgang, als «Weiterentwicklung des Menschen» in universeller Übereinstimmung mit der Natur zu verstehen, so Tirefort. Aus seinem Blickwinkel arbeiten alle von uns von der Kindheit bis zum Tod. Arbeit ist die einzige tatsächliche Quelle des universellen Reichtums. Sie ist die Quelle aller Errungenschaften vergange-

ner Jahrhunderte bis zur Urgeschichte, die es den Menschen erlaubte, die Prekarität zu überwinden. Es sei falsch, zu behaupten, es gebe immer weniger Arbeit. Tatsache ist, Arbeit wird nach Profit und Marktlogik selektioniert und hierarchisiert, entweder bezahlt oder nicht bezahlt. Für Tirefort ist aber Arbeit umfassend, insbesondere miteingeschlossen diejenige der unentbehrlichen Reproduktions- und Sorgearbeit, die bis heute fast ausschliesslich von Frauen und älteren Menschen unentgeltlich geleistet wird.

Tirefort unterlässt es nicht, zu erläutern, was in der Konzeption «Die Arbeit wertschätzen heisst, sie von der kapitalistischen Beschäftigungsweise befreien» vor allem unter Arbeit, Arbeitsproduktivität, sozialem Mehrwert, Kooperation und konsequenter Demokratie zu verstehen sei. Darüber hinaus gibt er sich nicht damit zufrieden, «nur» Kapitalisten, Bürgertum und ihre Lakaien anzuprangern. Er thematisiert auch Fehleinschätzungen, die die Arbeiterbewegung, Kommunisten und Demokraten in ihrem Handeln in den vergangenen hundert Jahren gemacht haben, die ebenso zu den aktuellen Problemen beitragen. Ein grosser Irrtum sei, (viel) zu lange geglaubt zu haben, dass die Arbeiter eine Klasse mit bestimmten Interessen darstelle – es sei auch der Klassenkampf zu überdenken. Nach Tirefort stelle vor allem die Bourgeoisie eine Klasse dar, die ihre Partikularinteressen zu verteidigen wisse. Im Gegensatz zu den ArbeiterInnen, die «nur» universelle Werte wie Gesundheit, Bildung, Arbeit, Demokratie, Gerechtigkeit, Kultur habe.

Im «Manifest» darf nicht nach gangbaren Rezepten, was wie zu tun ist, ge-

sucht werden. Es wird kein politisches Programm präsentiert. Das «Manifest» soll vielmehr dazu beitragen, Klarheit im ideologischen «Sumpf» zu schaffen, der durch die «Herren Kapitalisten» mit dem ständigen Klagelied, die Arbeit sei zu teuer, provoziert wird. Arbeitende und Produzierende sollten sich über den «Gewinn» einer Arbeit glücklich schätzen können.

Mit der Schrift wird das Ziel verfolgt, den «Bleimantel» zu knacken, der Widerständigkeit wie auch revolutionäre Projekte paralyisiert. Zudem soll es ein Antidot sein gegen die Letargie der allgegenwärtigen Krise. Es reiche nicht, einfach das aktuelle System abzulehnen. Es muss über Alternativen nachgedacht und sie müssen für eine andere Welt umgesetzt werden. Kurz, Christian Tirefort will mit seinem «Manifest für einen neuen Sozialvertrag» einen Beitrag leisten, das Denken der Linken neu anzufachen.

Diane Gilliard

Aus dem Französischen  
von Therese Wüthrich

---

Ingar Solty: **Die USA unter Obama**. Argument Verlag, Hamburg 2013 (313 S.)

Die Krisen der USA wurden nicht zuletzt Ende letzten Jahres deutlich, als die USA im Oktober 2013 kurz vor dem Staatsbankrott standen. Der Druck der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung in den Reihen der Republikanischen Partei führte dazu, dass selbst gemässigte Republikaner im Repräsentantenhaus eine Erpressungsstrategie gegen die Regierung verfolgten und einer Anhebung des Schuldenlimits nicht zustimmen wollten. Obama hielt jedoch an seinem Projekt einer gesetzlich verpflichteten Krankenversicherung fest und handelte ein Aussetzen der sogenannten Fiskalklippe bis 2015 aus. Dass diese Fiskalklippe überhaupt existiert, ist für Ingar Solty Ausdruck eines Scheiterns des grüncapitalistischen Projekts in der ersten Amtszeit von Barack Obama und der inneren Zerrissenheit der USA. In seinem Buch *Die USA unter Obama* zeichnet er in 15 Kapiteln, verteilt auf vier grosse Abschnitte, ein sehr eindrucksvolles Bild vom «Niedergang des US-Imperiums [und seines] inneren gesellschaftlichen Zerfalls» (S. 153) in der Krise.

Im *ersten Teil* des Buches untersucht Solty mithilfe des gramscianisch erweiterten Begriffes der «charismatischen Herrschaft» von Max Weber den Aufstieg Barack Obamas als «charismatische Führergestalt in der globalen Krise» (S. 72). Dabei bleibt er nicht bei der einfachen Beschreibung der Wahl Obamas zum US-amerikanischen Präsidenten und seiner Wahlversprechen stehen, sondern analysiert ebenso ausführlich die Kontextbedingungen und Kräfteverhältnisse, welche zu seinem Aufstieg

führten. Vor allem das Projekt eines «Green New Deal» und Obamas Gesundheitsreform, nach Solty ein «Lehrstück in Zentrismus» (S. 130), werden in diesem Teil des Buches intensiv beleuchtet und die Ursachen ihres Scheiterns analysiert.

Der *zweite Teil* widmet sich den «sozialen Bewegungen in [...] der Krise» (S. 142), wobei Solty vor allem den Fokus auf die zwei grossen Bewegungen der USA in den letzten Jahren – Occupy Wall Street und Tea-Party – richtet. Letztere charakterisiert er als «rechtspopulistische Bewegung um einen Extremismus der Mitte» (S. 143), deren enormer Aufstieg die «historische und vor allem politische Schwäche der US-Arbeiterbewegung und das weitgehende Fehlen einer dämpfenden politisch-institutionellen Militanz der Gewerkschaften» (S. 152) begünstigt hat. Mit ihren «verkrachten Intellektuellen» (S. 147) und ihrer tiefen «Verankerung [...] in der gesellschaftlichen Mitte» (S. 143) konnte sich die Tea-Party-Bewegung als «Jungbrunnen» (S. 175) für die Republikanische Partei erweisen und diese nach rechts verschieben. Solty versteht diese Bewegung als «erste[n] unmittelbare[n] politische[n] Ausdruck der Krise» (S. 176). Ihre Dynamik erschöpfte sich jedoch mit den Kongresswahlen 2010 und den Folgen der Austeritätspolitik, was – mit Occupy Wall Street – zu einer «Wiederbelebung des sozialen Protests von links» (ebd.) führte. Diese Bewegung der «Generation Krise» (S. 177), welche noch den «integrierten [...] nicht entkoppelten Teil des Prekariats» (S. 179) darstellt, brachte eine Empörung über die Austeritäts- und Sparpolitik sowie über eine «unmoralische Ökonomie» (S. 178) auf die Strasse.

Der *dritte Teil* behandelt die aussenpolitische Strategie Obamas nach dem

Scheitern «der Kapitalismusreform im Inneren» (S.60), welche Solty mit dem Begriff der «Innen-Aussen-Dialektik» fasst. Demnach hat das «Scheitern der Reform im Inneren – hinsichtlich der Anschubfinanzierung basisinnovatorischer Grüntechnologien – [...] zu einer verschärften Druck- und Zwangspolitik der USA nach aussen» (S.61) geführt, welche vor allem in der militärischen Intervention in Libyen, dem Übergang zu «einer exportorientierten Wachstumsstrategie» (S.235), dem «erklärten Dominanzwillen im asiatisch-pazifischen Raum» (ebd.) sowie in der neuen Chinapolitik zwischen Einbindung und Eindämmung sichtbar wird. Obamas innenpolitisches Scheitern hat «aussenpolitisch eine neue aggressive Imperialstrategie nach sich gezogen» (S.237).

Der *vierte und letzte Teil* behandelt die Wiederwahl Barack Obamas und seine «zweite Amtszeit im Zeichen des globalen Austeritätszeitalters» (ebd.). Ähnlich wie im ersten Teil des Buches findet sich im letzten eine detaillierte und umfassende Analyse der Präsidentschaftswahl mit ihren gesellschaftlichen und institutionellen Kontextbedingungen und Kräfteverhältnissen. Sehr schön zeichnet Solty nach, wie sich der «Präsident (in) der Krise» (S.238) trotz seines innenpolitischen Scheiterns und der desaströsen Wirtschaftslage gegen seinen Mitbewerber Mitt Romney durchsetzen konnte. Durch den Gebrauch neogramscianischer Analyseinstrumente und Bezug auf die Staatstheorie Nicos Poulantzas ist es Solty möglich, einer einseitigen Wahlanalyse zu entgehen und stattdessen darzulegen, dass «ohne das Geld der «1%» niemand nur den leisesten Hauch einer Chance auf eine erfolgreiche Kandidatur hat» (S.273). Vielmehr sind bei Wahl-

kampfkosten in Höhe von 1,66 Mrd. US-Dollar und einer unzureichenden staatlichen Wahlkampffinanzierung «beide Kandidaten letztlich die der «1%»» (ebd.). Dabei gelingt es dem Autor sehr gut, deutlich zu machen, dass die USA «in einer langfristigen, allgemeinen Repräsentationskrise» (S.286) stecken, welche vor allem aus der historischen Schwäche der Arbeiterbewegung und dem Fehlen klassenbasierter Parteien resultiert.

Soltys Analyse der US-amerikanischen Krisenpolitik unter der Obama-Administration spannt einen grossen Bogen, um die verschiedenen gesellschaftlichen und institutionellen Einflüsse, Kontextbedingungen und Kräfteverhältnisse in den Blick zu bekommen. Dabei wird deutlich, wie stark noch die Terroranschläge vom 11. September 2001 das gesellschaftliche Klima in den USA prägen. Sie sind Ausgangspunkt seiner Analyse, da sie einen starken Anteil am rassistischen und angstbeladenen Klima haben und so wesentlich dazu beitrugen, dass die nationale soziale Frage in den USA überdeckt werden konnte: «Die USA gingen sozusagen von der «Battle of Seattle» nahtlos zum «War on Terror» über» (S.195). Ähnlich stark arbeitet Solty die Bedeutung des Scheiterns der grükapitalistischen Reform und die Hinwendung zur Austeritätspolitik als den entscheidenden Wendepunkt in der Krisenbearbeitungsstrategie Obamas heraus. Das Scheitern des Green New Deal – als fundamentales Projekt zur Erneuerung des Kapitalismus und der US-amerikanischen Hegemonie – am Widerstand «der alten Industrien und Vermögensbesitzer» (S.190) leitete für Solty auch das innenpolitische Scheitern und damit gleichzeitig auch einen aggressiven au-

ssenpolitischen Kurs der Obama-Administration ein. So stellt Solty fest: «Obamas Politik hat – vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse [...] – den neuen Staatsinterventionismus, der durch die Krise nötig wurde, genutzt, um den Neoliberalismus zu rekonstruieren und schickt sich nun [...] an, den Neoliberalismus in Zusammenarbeit mit den Republikanern zu vertiefen.» (S. 15f.) Sehr interessant dabei ist, dass Solty die sozialen Bewegungen von links wie von rechts im gramscianischen Sinne als «Interregnum» (S. 186) interpretiert, d. h. als Ausdruck einer fundamentalen organischen Krise der herrschenden Klasse. Für ihn übernehmen die sozialen Bewegungen dabei die politische Artikulation der Massen, die sich von den «traditionellen Ideologien entfernt» (ebd.) haben.

Insgesamt legt der Autor hier eine bemerkenswerte «Momentaufnahme» (S. 12) der USA unter dem Präsidenten Barack Obama vor. Das Buch beeindruckt durch eine sehr detaillierte und mit vielen Statistiken unterfütterte Analyse der Kräfteverhältnisse in den USA und ihren Auswirkungen auf die Krisenpolitik Obamas. Solty zeichnet sich dabei auch als ein Kenner der US-amerikanischen Linken und Gewerkschaftsbewegung aus, in deren Marginalität er einen Grund für die Blockade der Reformfähigkeit des US-amerikanischen Kapitalismus sieht. Gleichzeitig muss die Studie als eine der wenigen kritisch-materialistischen Analysen der ersten Amtsperiode von Barack Obama betrachtet werden, sodass Solty mit seinem Buch einen wichtigen Forschungsbeitrag vorlegt.

Felix Syrovatka

---

David Harvey: **Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln.** Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden. VSA Verlag, Hamburg 2014 (288 S.)

In Krisensituationen scheint sich der Zeitenlauf meist beträchtlich zu beschleunigen. Eine bestimmte Analyse erweist sich lediglich als vorläufig, und umso grösser ist das Risiko, dass in relativ kurzer Zeit andere Ausprägungen und Entwicklungen im Zentrum stehen. Dies trifft auch für das neuste ins Deutsche übersetzte Buch von David Harvey zu. Geschrieben wurde es im Verlaufe des Jahres 2009. Die Übersetzung erschien bei VSA im Februar 2014. Dazwischen sind vier Jahre vergangen, und gleichzeitig befinden wir uns bereits im siebten Jahre dieser gravierenden Weltwirtschaftskrise. Harvey ergänzte seine Analyse für die zweite englische Ausgabe im Januar 2011 mit einem längeren Nachwort. Erfreulich wäre es gewesen, wenn für die deutsche Ausgabe Aktualisierungen bis 2013 vorgenommen worden wären.

Zweifellos ist Harvey einer der bekanntesten und interessantesten Marxisten im englischen Sprachraum, gilt als einer der meistzitierten Autoren im Bereich der Geografie, beschäftigt sich intensiv mit sozialen Prozessen und geografischen Räumen, insbesondere mit der Stadtentwicklung und dem sich dort manifestierenden Widerstandspotenzial. In seinen zahlreichen Werken setzt sich Harvey mit den heutigen kapitalistischen Widersprüchen und Entwicklungen auseinander, und zwar immer in der Perspektive einer Überwindung des Kapitalismus. Er orientiert sich an der Totalität im Raum und im

Zentrum steht die soziale Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist er dezidiert der Ansicht, dass die Theoriebildung nicht vernachlässigt werden darf, sondern ständig angepasst und erneuert werden muss. Gezeigt hat er dies beispielsweise in seiner Konzeptualisierung der «Akkumulation durch Enteignung»

Worin liegt nun aber das zu entscheidende Rätsel des Kapitals? Kapital ist für Harvey in diesem Buch das «Blut», das durch die Gesellschaften strömt und sich in alle Winkel unseres Planeten ausbreitet und alle Poren gesellschaftlicher Verhältnisse durchdringt. Entscheidend sei es allerdings, den «systemischen Charakter der Kapitalströme» zu verstehen, zu wissen, um was es sich dabei überhaupt handelt, so dass klarer werde, «was wir dagegen tun können» (Vorwort).

In acht Kapiteln wird ein Bogen geschlagen, der von der Vernichtung von Vermögenswerten in der Höhe von weltweit mehr als 50 Billionen Dollar zwischen 2007 und 2009 bis zu Lenins Frage «Was tun?» bzw. Harveys «Und wer wird es tun?» reicht. In differenzierten und materialreichen Darlegungen analysiert Harvey, wie sich die Weltwirtschaftskrise entwickelt hat, auf welchen Voraussetzungen sie basiert, welche Elemente wie ineinandergreifen, welche Veränderungen sich im globalen Kapitalismus ergeben haben und welche absehbar sind. Dabei hält Harvey fest, dass sich die räumlichen Strukturen der Menschheit, also «die Produktion der Geografie so schwer mit einer Theorie der Kapitalakkumulation verbinden lässt, weil dieser Prozess nicht nur höchst widersprüchlich, sondern auch voller Eventualitäten, Zufälligkeiten und Verwirrungen ist» (S.208).

Schliesslich weist er pessimistisch auf eine künftig mögliche Parallele zur globalen Krise ab 1929 hin. Damals wurde das überschüssige Kapital nämlich erst im Zweiten Weltkrieg in einer «gigantischen Tragödie» vernichtet. Und damit steht mehr als nur rhetorisch im Raum: Wird es wieder so weit kommen?

Für Harvey ist klar, dass dem Kapital krisenhafte Dynamiken eigen sind. Gleichzeitig aber können diese Krisen, die eben nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, politische und ökologische sind, im Kapitalismus überwunden werden. Die Frage ist, zu welchem Preis. Hierzu kritisiert Harvey, dass eine Mehrheit der Menschen die Früchte ihrer Arbeit den Mächtigen überlassen, ihre Rechte zurückschrauben und auf ihre kleinen Vermögen verzichten müsse. Allerdings werden mehr als nur ein klein wenig polizeiliche Unterdrückung und militarisierte staatliche Kontrollen nötig sein, um die kommenden Unruhen zu ersticken (S.210). Neben der Repression werde überdies für die Kapitalistenklasse ein Überleben nur dann möglich, wenn sie ihren Charakter verändere, die Akkumulation auf einen neuen Pfad und in südostasiatische Räume verschiebe (S.210).

Angesichts dieser Perspektiven gelte es, den Kapitalismus infrage zu stellen. Dabei unterscheidet Harvey zwischen einem (überholten) Sozialismus, der den Kapitalismus regulieren, bändigen und eine Umverteilung Richtung Allgemeinwohl anstrebe wolle, und dem Kommunismus als einer neu zu belebenden Hypothese, in der horizontal vernetzte und autonome bzw. selbstverwaltete Produzenten- und Konsumentenkollektive (S.218) im Zentrum stehen müssten, denn hierarchische Komman-

dostrukturen seien definitiv diskreditiert.

In einem spiralförmigen Prozess – so die Vorstellung von Harvey – müssten sich die verschiedenen progressiven Bewegungen gegenseitig stärken, um die heute bestehenden globalen Blockierungen zu überwinden und die Kontrolle über Produktion und Verteilung zu erringen. Mit dem Prinzip eines «radikalen Egalitarismus» wären Co-Evolution und Co-Revolution zu verbinden, Prozesse, bei denen neben den politischen Umwälzungen auch Rückeroberung und Entfaltung der Commons, der Gemeingüter, im Mittelpunkt stehen werden.

In der Verbindung des Widerstandes und der Kämpfe der vielen engagierten Menschen in NGO (erstaunlicherweise an erste Stelle gesetzt!), der basisorientierten Organisationen, der sich wandelnden – so die optimistische Feststellung von Harvey – organisierten Arbeiterbewegung, sozialen Bewegungen und schliesslich der Bewegungen zu Identitätsfragen (von den Frauen bis zu den religiösen Minderheiten) sind für Harvey die fünf wichtigsten potenziell antikapitalistischen Strömungen aufgeführt, die die herrschenden Verhältnisse aufheben könnten. Wenn er dann allerdings plakativ dieser «Partei der Empörten» die «Partei von Wallstreet» gegenüberstellt, verliert die Analyse an Gehalt und bewegt sich in Richtung eines linken Populismus. Vielmehr sollte es darum gehen, die aktuellen sozialen Auseinandersetzungen in ihren vielfältigen Verästelungen genau auszuleuchten sowie die Verbindungen in praktischer und theoretischer Hinsicht detailliert herauszuarbeiten.

Das Rätsel des Kapitals hat Harvey –

wie er sicherlich selber zugeben würde – noch nicht entschlüsselt. Bei ihm sind aber Überlegungen und Einschätzungen enthalten, die nach zusätzlichen Untersuchungen und Erweiterungen seines Ansatzes rufen, sodass die Theoriefragmente mit den Kämpfen der sozialen Bewegungen immer enger verbunden werden. Allenfalls ist dieses Rätsel des Kapitals erst dann entschlüsselt, wenn klar ist, wie der Kapitalismus aufzuheben ist, bzw. wenn er – historisch gesehen – hinter uns liegt.

*Das Rätsel des Kapitals* in der guten Übersetzung von Christian Frings bietet eine breit angelegte und spannende Analyse der ersten Jahre dieser grossen Krise des 21. Jahrhunderts. Um Harveys aktuellste Erkundungen innerhalb der «Marxian Theory» nachzuvollziehen, ist es unabdingbar, sein neuestes, zurzeit noch nicht übersetztes Buch *Seventeen Contradictions and the End of Capitalism* (Profile Book, London 2014) zu lesen. Darin beschäftigt sich Harvey nicht mehr mit den vielfältigen Widersprüchen im globalen und finanzialisierten Kapitalismus, sondern mit den Widersprüchen des Kapitals im Allgemeinen, das er nun als ökonomischen Motor des Kapitalismus bezeichnet. Die Vertiefung des theoretischen Verständnisses ist das eine, das andere Auge aber richtet Harvey weiterhin auf den Ersatz dieser ökonomischen Maschine, mithin auf das Ende des Kapitalismus.

Roland Herzog

---

MultiWatch (Hg.): **Milliarden mit Rohstoffen**. Der Schweizer Konzern Glencore Xstrata. edition 8, Zürich 2014 (187 S.)

Es ist ein Buch, das bereits vor seinem Erscheinen Kontroversen ausgelöst hat: das Werk der Schweizer Nichtregierungsorganisation MultiWatch über den Rohstoffkonzern Glencore Xstrata, der sich vor kurzem wieder in Glencore umbenannt hat. Wegen des ursprünglich vorgesehenen Buchtitels «Drecks-geschäfte – Milliarden mit Rohstoffen» drohte Glencore mit einer Klage wegen Rufschädigung. Um einen langwierigen Rechtsstreit zu verhindern, der das Erscheinen des Buches hätte verzögern können, entschied MultiWatch, den Begriff aus dem Titel zu entfernen, der auf die Zwielfichtigkeit gewisser Geschäfte des Unternehmens hinweisen wollte.

Trotz dieser Anpassung bleibt das Buch brisant. Dies nicht etwa, weil es Fakten ans Licht brächte, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich wären. Das Neue ist, dass erstmals in kompakter Buchform die sensibelsten Bereiche der Konzern-tätigkeit – Arbeitskonflikte, Umweltprobleme und soziale Auseinandersetzungen – in den Rohstoffabbauge-bieten beschrieben werden.

Das Buch bietet auch einen Überblick über die Unternehmensgeschichte von Glencore, die Konzentrationsprozesse im internationalen Rohstoffmarkt und den Aufstieg der Schweiz zur Drehscheibe im transnationalen Handel mit Rohstoffen. So rangierte nach der Fusion der Handels- und Produktionsgesellschaft Glencore mit dem Bergbauunternehmen Xstrata im Jahr 2013 der neu geschaffene Konzern auf dem 12. Platz der weltweit grössten Unternehmen. Glen-

core und Xstrata erwirtschafteten 2012 bei einem Gesamtumsatz von 236 Milliarden US-Dollar einen Gewinn von 12,9 Milliarden. Der fusionierte Grosskonzern ist damit – wenn man von den Grossbanken UBS und Credit Suisse ab-sieht – die grösste Firma der Schweiz, weit vor Giganten wie dem Nahrungsmittelmulti Nestlé oder den Pharmariesen Novartis und Roche.

Das Hauptaugenmerk der Autoren-schaft liegt auf den Konflikten und Widerständen, welche die rücksichtslose Geschäftspolitik dieses Grosskonzerns in den Abbauländern hervorruft. Als Beispiel mag die weltweit grösste Kohle-tagebaumine El Cerrejón im Norden Kolumbiens herhalten, die seit 1995 im Besitz Glencores ist. Auf dem fast 70 000 Hektar grossen Gebiet werden pro Jahr über 30 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Über 10 500 Arbeiterinnen und Arbeiter werden in der Mine beschäftigt, mehr als die Hälfte davon sind über Subunternehmen angestellte Leiharbeiter. Diese arbeiten unter prekären Bedingungen und geniessen ungenügenden Gesundheitsschutz, weshalb es zu einer Häufung von Atemwegserkrankungen aufgrund der schweren Kohlestaubbelastung gekommen ist. 2013 wurden die Verträge der Leiharbeiter während eines Streiks der Belegschaft kurzerhand suspendiert, womit diese mehrere Wochen von der Arbeit ausgesperrt blieben. Gleichzeitig berichteten Streikführer über Drohungen per SMS und die Präsenz bewaffneter Personen in der Nähe ihrer Wohnhäuser. Klagen von Gewerkschaften über mangelnde Verhandlungsbereitschaft von Glencore, Entlassungen von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern und offene Drohungen sind eine Konstante, die sich durch

das Buch zieht – egal ob von den Glencore-Abbaustätten in Kolumbien, Peru, Sambia oder Australien die Rede ist.

Auch bezüglich der Umweltverschmutzung stellt MultiWatch dem Unternehmen ein schlechtes Zeugnis aus. Massive Eingriffe in die Landschaft – etwa durch den Kohlebergbau – führen zu Veränderungen in Ökosystemen, Desertifikation des Bodens und Verschlammung von Flüssen. Durch Schwermetalle werden Böden und Trinkwasserreserven verschmutzt, was für lokale Bevölkerungen ein Gesundheitsrisiko darstellt und die Landwirtschaft beeinträchtigt. Bei alledem, so MultiWatch, zeige Glencore eine ungenügende Bereitschaft, Anwohnerinnen und Anwohner zu schützen oder zu entschädigen.

Dasselbe gilt für den Umgang mit sozialen Konflikten, etwa im Zusammenhang mit Umsiedlungen von Dorfgemeinschaften zugunsten neuer Erschliessungsgebiete für Kohle oder Mineralien. Ein Vorwurf an Glencore lautet, der Konzern würde mit sogenannten Entwicklungsprojekten jeweils Teile der ansässigen Bevölkerung begünstigen, die Gemeinschaften spalten und die entstehenden Konflikte für seine Geschäftsinteressen ausnutzen. Zudem wird auf die Problematik hingewiesen, dass staatliche Repressionsorgane mithilfe von Gewalt und speziellen Antiterrorgesetzen die Interessen von Glencore gegen die eigene Bevölkerung zu verteidigen pflegen. Auch hier ähneln sich die Berichte aus Kolumbien, Peru, Argentinien und den Philippinen in frappanter Weise.

Als Fazit lässt sich ein Satz zitieren, der vielleicht erklären kann, weshalb Glencore die Veröffentlichung des Buches zu blockieren suchte und der Her-

ausgeberschaft auch nach dem Erscheinen mit rechtlichen Schritten gedroht hat: «Die Konflikte ähneln sich in auffälliger Weise, Anwohner\_innen und Minenarbeiter in verschiedenen Abbauländern klagen über dasselbe Geschäftsgebaren von Glencore Xstrata, über dieselbe Arroganz, mit der der Konzern über Rechte und Interessen der Menschen hinweggeht. In der Art, wie die lokale Bevölkerung übergangen, ungenügend informiert oder wie Zustimmung zu Entwicklungsprojekten «erkauft» wird, scheint sich ein Muster zu wiederholen.»

Doch die Autoren machen auch hoffnungsvolle Zeichen aus. Durch die gestiegene Bedeutung des Rohstoffhandels sei – zumindest in der Schweiz – auch das öffentliche Interesse an den daran beteiligten Firmen gestiegen. Indigene Gemeinschaften forderten in den Abbaugebieten überall auf der Welt ihr Mitbestimmungsrecht ein und Gewerkschaften begannen, sich zur Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmenden zu vernetzen. Ein verstärkter Druck der Öffentlichkeit sei notwendig, so MultiWatch, um Unternehmen wie Glencore zur Einhaltung von sozialen und Umweltstandards zu zwingen und die Diskussion um die Problematik der Rohstoffausbeutung breit zu führen. Das vorliegende Buch dürfte dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Philipp Zimmermann

---

Christa Hämmerle: **Heimat/Front.**

Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkriegs in Österreich-Ungarn. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2014 (279 S.)

Mit dem Buch *Heimat/Front* schreibt sich die Wiener Historikerin Christa Hämmerle in die aktualisierende Neufassung der Geschichte des Ersten Weltkriegs ein, das die Beschränktheit traditioneller militär- und kriegsgeschichtlicher Zugänge konterkarieren sollte. Dabei geht es Hämmerle nicht einfach um die Berücksichtigung des Engagements der Frauenorganisationen, sondern um die weit grundsätzlichere Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht. In der Kriegspropagierung wurden Frauen und Männer gleichermaßen mobilisiert, dabei war die Heimatfront weiblich konnotiert. Dem Bild der voller patriotischer Inbrust agierenden Frau stand das vom Konzept des republikanischen «Bürgersoldaten» abgeleitete Idealbild des heldisch kämpfenden Mannes gegenüber, der bereit ist, sich für die Verteidigung des Vaterlands beziehungsweise von Frau und Kindern zu opfern.

Im einführenden Kapitel umreist Hämmerle die verschiedenen Aspekte einer Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs in Österreich-Ungarn. Dabei geht es ihr vor allem um die Verwobenheit von «Front» und «Heimatfront» oder «Hinterland». Denn im Mythos einer Kriegsführung zur Verteidigung der Heimat oder zum Schutz der Frauen und Kinder werden die zivilen Kriegsoffer desavouiert. Daher stellt Hämmerle in der einleitenden Opferbilanz den 9 Millionen toten Soldaten in Europa die 7 Millionen Zivilopfer gegen-

über. Die Zahl der 100 000 staatlich unterstützten Kriegsinvaliden im geschrumpften österreichischen Nachfolgestaat von 1921/22 ergänzt sie mit der geschätzten Zahl von 80 000 Kindern Invaliden und von 350 000 Kriegswitwen und -waisen. Diese Bilanz kontrastiert mit der Begeisterung vieler Frauen bei Kriegsbeginn auch in Österreich-Ungarn, die sich u. a. in der Beteiligung an der sich rasch etablierenden «freiwilligen» Kriegsfürsorge manifestierte: vom «Labedienst» für durchziehende Truppen über die Verwundetenpflege und die Errichtung von Näh- und Strickstuben und anderer Arbeitsmöglichkeiten für erwerbslose Frauen bis zur öffentlichen Verteilung von Speisen. Viele Frauenverbände verstanden dieses Engagement als Beleg für die staatsbürgerliche Reife, somit und zugleich – wie in der Schweiz auch – als Vorleistung für die Gewährung des Frauenwahlrechts.

Doch wurde die von unzähligen Frauen gezeigte Bereitschaft zum uneigennütigen Dienst an der Gemeinschaft nie auf dieselbe Stufe gestellt wie die «Opferbereitschaft» der Soldaten an der Front. Diese allein galten als «wahre Helden». Unterschlagen blieb dabei eine doppelte Tatsache: Einerseits kämpften nicht alle Soldaten an der Front, andererseits standen auch Frauen an der Front im Einsatz, insbesondere die in den mobilen Feldspitälern tätigen Krankenschwestern. Die Gewalterfahrungen dieser Kriegskrankenschwestern zeigt Hämmerle im ersten inhaltlichen Kapitel, eines der eindrucklichsten der ganzen Untersuchung.

Viele Kriegskrankenschwestern arbeiteten unter schwierigsten, für sie selbst gefährlichen Bedingungen und waren dabei ständig konfrontiert mit

schrecklichen Verwundungen und dem Sterben von Abertausenden von Soldaten. Gleichzeitig wurde ihr öffentliches Bild durch die Kriegspropaganda stark idealisiert: die Krankenschwester als «Engel in Weiss» oder «Mutter des kranken Kriegers». Gleichzeitig sexualisierten gegenläufige Bilder die Krankenschwester, unterschoben ihr nur eigennützige Motive und Abenteuerlust. Und fast ausnahmslos wurde ihre grosse Bedeutung von allen Kriegsnationen vergessen. Kaum ein Denkmal erinnert an sie, obwohl insgesamt Hunderttausende im Einsatz waren, allein im Deutschen Reich insgesamt 92 000. Erst jüngere Forschungen widmen sich ihren traumatischen Erfahrungen.

Unter den Kriegskrankenschwestern waren auch Schweizerinnen, die über das Schweizerische Rote Kreuz vermittelt wurden.\* Eindrücklich ist das Beispiel von Maria Pöll-Naepflin, die zusammen mit elf anderen diplomierten Schwestern aus der Schweiz im Herbst 1914 in Österreich-Ungarn als «Auslandschwester» ihren Dienst antrat. Sie blieb bis Kriegsende im Einsatz und veröffentlichte später ihre Erfahrungen in einem Buch, gestützt auf die während all dieser Jahre von ihr kontinuierlich aufgenommenen und in einem «grossen Kriegsalbum» angelegten Fotografien. Zwar habe auch sie anfänglich so etwas wie Patriotismus empfunden, doch die Desillusionierung setzte nach der Stationierung in der Nähe der serbischen

\* Vgl. dazu auch: Sabine Braunschweig: «Ohne Unterschied jedem verwundeten Krieger helfen». Schweizer Krankenpflegerinnen in ausländischen Militärspitälern im Ersten Weltkrieg. In: dies. (Hg.), 2014: «Als habe es die Frauen nicht gegeben». Beiträge zur Frauen- und Geschlechtergeschichte. Zürich, 145–160.

Front ein: «Von unserem Kriegsenthusiasmus waren wir Schweizerinnen schon bald gründlich kuriert: Verwüstung, verstümmelte Glieder und Blut – ach, es war ein Jammer, überall wo man hinsah! [...] In der Schlachtbank – so nannten wir den Operationssaal – war blutige Arbeit ohne Unterlass.» (S. 45) Wohl weil sie Morphium nahm, von deren Sucht sie nicht wegkam, funktionierte Marie Pöll-Naepflin bis zum Kriegsende als Krankenschwester. Eine Neuorientierung erwies sich für sie als schwierig und hürdenreich.

Ein weiteres Kapitel analysiert anhand des brieflichen Austausches eines eingezogenen jungen Offiziers und seiner Braut und späteren Ehefrau die Funktion der Feldpost als «Bindeglied» zwischen Männern und Frauen der Kriegsgesellschaft. Briefe und Postkarten schufen einen diskursiven Raum, in dem die Verbindung immer wieder neu gefestigt und angesichts von Ungewissheiten Normalität geschaffen werden konnte. In der Suche nach dem Verbindenden und Gemeinsamen abseits der Realität des Krieges verleugnen die Paare nicht einfach diese Wirklichkeit, vielmehr bezeugen solche private Korrespondenzen nach Hämmerle den Widerstand gegen eben diese Wirklichkeit. Die briefliche Interaktion zeugt aber auch von Dynamiken in den Beziehungen, von Veränderungen der Geschlechterordnung. So zeigte die im Bürgertum verankerte junge Frau unter dem Eindruck der Versorgungsschwierigkeiten ab 1916 über Klassengegensätze hinweg Verständnis für Proteste und Streiks, während der Mann in der Offiziersperspektive verharrete.

Im Zentrum der kritischen Auseinandersetzung mit den soldatischen Er-

innerungskulturen steht das Werk des bekannten österreichischen Autors Fritz Weber. Nicht nur demontiert Hämmerle dessen Charakterisierung als «österreichischer Remarque», sondern belegt, dass insbesondere die drei *Isonzo*-Bände (1933) die österreichische Kultur der Erinnerung an den Krieg gegen Italien nachhaltig geprägt hat. Die von ihm gelobte Kriegskameradschaft ist immer klar abgegrenzt nach unten, und damit nach Hämmerle «anders ausgerichtet als der linksliberale Kameradschaftsmythos der Zwischenkriegszeit, den auch Remarque stilisiert hat» (S. 168).

Ausgehend von Weber analysiert die Autorin im letzten Kapitel die Entwicklung der Geschlechterverhältnisse im Zeichen der viel beschworenen «Krise der Männlichkeit» nach dem Ersten Weltkrieg. Frauen blieben trotz Wahlrecht von den höheren Positionen der Macht und Entscheidungskompetenz

ausgeschlossen. Auch die Arbeitsmarktregulierungen zielten klar auf ihre Diskriminierung. Zugleich betrieb der ohne berufliche Perspektive und vom Verlust seines Ansehens betroffene Offiziersstand in seiner Erinnerungskultur einen heroisierenden Diskurs, der nach der konservativen Wende der 30er-Jahre die gesellschaftliche Remilitarisierung ermöglichte.

Christa Hämmerle weicht über Detailuntersuchungen die geschlechter-spezifische Zuordnungen von Heimat und Front auf und verweist zugleich über deren Verwobenheit auf Verschiebungen in den Geschlechterverhältnissen. Ihr gelingt damit ein äusserst differenzierter Einblick in die nachhaltige Wirkung der damit einhergehenden Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen.

Elisabeth Joris

# DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE  
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

## 307 Spinoza und ‚wir‘

W. D. HUND: Marginalie zu einem Traum Spinozas

N. G. VARELA: Marx' Spinoza-Hefte

J. REHMANN: Spinoza und Nietzsche.

Wider die Verwechslung von Handlungsfähigkeit und Herrschaftsmacht

V. OITTINEN: ‚Marx ohne Bart‘? Spinoza in der sowjetischen Philosophie

W. GOLDSCHMIDT: Spinoza und Machiavelli? Althussers Bekenntnisse

\*\*\*

G. SCHWEPPEHÄUSER: Moralkritik und Kritik der Moralphilosophie

*Heft 13 €; Abo: 5 Hefte pro Jahr 50 € (ermäßigt 40 €) zzgl. Versand*

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de  
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin  
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o S. Müller  
Alter Postweg 87 · 21075 Hamburg  
Tel: +49-(0)40-5543 5506 · argument@inkrit.org